

Erscheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 30 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung - Preisliste für 1894 unter Nr. 4919.

Vorwärts

Interaktions-Gebühr beträgt für die hinführenden Beiträge oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Beräumungs-Anzeigen 20 Pf. Interaktion für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Korrespondenz: Amt 1. 1509.
Telegraph-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 9. März 1894.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Sozialdemokratie und Studentenschaft.

Unter dieser Epigramme wird seit einiger Zeit in bürgerlichen Zeitungen ungläublich dummes Zeug geschrieben. So ergeht ein Berliner Mitarbeiter oder die Redaktion der „Kölnischen Volks-Zeitung“ sich in folgenden Betrachtungen:

Meine Voraussage, daß die Agitation der Herren Dr. Luz und Dr. Jabel unter der hiesigen Studentenschaft in maßgebenden sozialdemokratischen Kreisen bald mißbilligt werden würde, hat sich schnell erfüllt. Eine Versammlung im letzten Berliner Wohlfahrts hat ausgesprochen, daß das Proletariat von der Studentenschaft nichts zu erwarten habe. Vorher hatte der sozialdemokratische Reichstags-Abgeordnete Bueh in einem Vortrage über „Klassenkampf und Proletariat“ erklärt, er erachte derartige Akademiker-Versammlungen nicht nur für unnütz, sondern sogar als für die Partei gefährlich, da der Appell an die Studenten die Meinung ersten Lesens lönte, als ob die proletarische Bewegung bei diesen ihren Stützpunkt zu suchen hätte. Nicht eine „Avantgarde“ brauche die Sozialdemokratie, sondern ein „proletarisches Heer“. Ausdrücklich wurde vor dem Besuch solcher Versammlungen gewarnt. Der „Vorwärts“ hat über diese bemerkenswerte Versammlung berichtet, ohne ein Wort der Mißbilligung über den Versammlungsbeschluss auszusprechen. Inzwischen hat bekanntlich eine vom Verein deutscher Studenten einberufene und fast ausschließlich von Akademikern besuchte Versammlung stattgefunden, in der zwar viel über die Marx'schen Theorien gesprochen, aber doch mehr für den Antisemitismus Propaganda gemacht wurde. Von einem der sozialdemokratischen Redner wurde gleich zu Beginn eine vorher schon im „Vorwärts“ abgedruckte Erklärung der Berliner sozialdemokratischen Studenten verlesen, worin die Lehren bemerkten, an der Debatte sich nicht beteiligen zu können, da ihnen im Falle des öffentlichen Auftretens das consilium abeundi vom Universitätsrichter in Aussicht gestellt worden sei. Die Sache liegt also so, daß die sozialdemokratische Arbeiterchaft von einer Sonderbewegung der sozialdemokratischen Studenten nichts wissen will. Unter diesen Umständen dürfte die Sache bald wieder einschlafen.

Also die „Kölnische Volkszeitung“, die wir aus der Menge der Zeitungen deshalb herausgegriffen haben, weil sie eine der wenigen gegnerischen Blätter ist, die nicht gleich aus dem Häuschen kommen, wenn von Sozialdemokratie die Rede ist, und die unter Umständen der Objektivität noch fähig sind. In vorstehender Notiz hat sie diese Fähigkeit allerdings nicht belundet.

Weder haben Luz und Jabel eine Agitation unter den Studenten begonnen, noch ist diese Agitation von „maßgebenden sozialdemokratischen Kreisen mißbilligt“ worden. Was man in allen sozialdemokratischen Kreisen mißbilligen würde, das wäre der — allerdings ganz aussichtslose — Versuch, eine besondere sozialistische Studentenbewegung zu organisieren. Das ist aber niemals

versucht worden — wenigstens unseres Wissens nicht in Deutschland. Daß den Studenten eine einflussreiche oder gar leitende Rolle, wie 1848 in Wien, heutzutage in Deutschland und den übrigen Kulturländern nicht mehr zufallen kann, das versteht sich für jeden, der einigermaßen nachdenkt, von selber. Es ist das nur noch möglich in wirtschaftlich und politisch zurückgebliebenen Ländern wie Rußland. Die studierende Jugend geht, mit verschwindenden Ausnahmen, aus der bestehenden Klasse hervor, und bewegt sich naturgemäß in deren Ideen und Anschauungen. So lange das Bürgerthum noch „politische Ideale“ hatte, schwärmte auch eine große Anzahl der Studentenschaft für Freiheit und ähnliche schöne Dinge. Nach den sogenannten „Freiheitskriegen“, deren Folgen die blutigste Satire auf die verheißene „Freiheit“ waren, wurden die deutschen Universitäten der Herd eines in seinen Zielen allerdings höchst harmlosen Oppositionsgeistes. Die Burschenschaftler und die „Schwarzen“ von Jena und Gießen lieferten Stoff für Hochverrats- und andere „Demagogen“-Prozesse; von Studenten gingen revolutionäre Putschversuche aus (wie der Sturm auf die Frankfurter Hauptwache); und die That des Studenten Ludwig Sauter, der den Lump Kogebue erschlug, lebt im Gedächtniß des Volkes — gleichzeitig ein Denkmal des Unverstandes und heldischer Aufopferung. In Frankreich bildeten die Studenten und Akademiker (Militärschüler und Polytechniker) nach der „großen Revolution“ die Avantgarde jeder Straßenrevolution. Im Juli 1880 und im Februar 1848 waren die Pariser Studenten mit an der Spitze; und wenn die Blusenmänner und die Jugend der „Ecoles“ (Hochschulen) sammelten, dann Gnade der Dynastie! Das hat aber mit dem Emporkommen des Sozialismus aufgehört und die reaktionäre Gesinnung der Eltern spiegelt sich wieder in der studierenden Jugend — in Frankreich, wie in Deutschland. Die Pariser Studenten haben es seit dem Juniastand von 1848 nur zu einigen Skandalen gegen den vom Bürgerthum gehaltenen Napoleon den Kleinen gebracht; und ihre letzte That war — vergangenes Jahr vor den Wahlen, als die Panama-Regierung das schmachtvolle Lockspindel-Attentat auf die Arbeitsbörse verübte — eine Standal demonstration für höhere (oder niedrigere?) Bordelle. Und nicht anders ist's mit der studierenden Jugend Deutschlands, die unter der Bismarck'schen Aera, gleich der ganzen herrschenden Klasse, in wüster Servilität und rohem Materialismus verjunten war, so daß die „Pflanzstätten der Wissenschaft“ zu Pflanzstätten der Völlerei, Vaulerei, Streberei wurde.

Aber wie in den weitesten Volksschichten und namentlich auch in einem Theile der bürgerlichen Elemente, aus denen die Studentenschaft sich hauptsächlich rekrutirt, eine Reaktion gegen den korrupt-barbarischen Geist der Bismarck'schen Aera, Eisen- und Gründer-Aera eingetreten ist, so auch unter einem Theile unserer studierenden Jugend.

Es regt sich wieder auf den Universitäten; und zu glauben, die Sozialdemokratie betrachte diese Regungen und Strebungen mit Mißtrauen oder gar mit einer gewissen Eifersucht, das heißt den Gipfel der Albernheit erstiegen haben.

Jeder Sozialdemokrat freut sich über diesen Fortschritt sozialdemokratischer Ideen, wenn auch keiner sich über die Bedeutung desselben Illusionen machen kann. Die deutsche Sozialdemokratie, welche Männer der Wissenschaft zu Bahnbrechern hat und auf dem Boden der Wissenschaft steht, ist frei von jener Abneigung gegen die Studirenden und Studirten, die vor Beginn der sozialistischen Bewegung unter einem Theil der deutschen Arbeiter herrschte. Und wenn die Arbeiter auch heute noch mitunter gegen sogenannte akademisch Gebildete ein gewisses Mißtrauen haben, so hat dies seinen Grund in den Erfahrungen, die mit manchem angebliehen Mann der Wissenschaft gemacht worden sind. Es richtet sich nicht gegen die Wissenschaft, sondern gegen den Mißbrauch, der mit dem Worte Wissenschaft getrieben wird. Nicht Alles ist Wissenschaft, was sich mit Federn der Wissenschaftlichkeit schmückt. Und der Aufenthalt auf der Universität giebt noch lange keine Wissenschaft, während der Arbeiter in der Schule des Lebens, um leben zu können, sich eine Summe von praktischen Kenntnissen aneignen muß, die der studirenden Jugend abgehen. Wenn die studirende Jugend eine sozialistische Bewegung für sich haben wollte, oder gar den vordersten, ja einen führenden Platz in unserer Armee beanspruchte, dann würde sie eine thörichte Selbsterhebung bekunden. Allein von den sozialistischen Studirenden Berlins und anderen Universitäten hat keiner je eine solche Ansicht geäußert, keiner je den proletarischen Charakter der Bewegung geleugnet. Sie wollen, soweit ihre Stellung es ihnen erlaubt, Schulter an Schulter kämpfen mit den Arbeitern. Das ist ihr gutes Recht, und wer das thut, ist uns willkommen. Geheilt sind die Meinungen in unseren Reihen nur bezüglich der Art und der Zweckmäßigkeit des Vorgehens der sozialistischen Studenten. Hier wird die Praxis allmähig den Weg zeigen. Und an der nöthigen Unterstützung wird es nicht fehlen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. März.
Aus dem Reichstage. Der Marine-Etat wurde heute, mit Ausnahme einiger Positionen, bei denen es sich um erste Raten für Neubauten handelt und welche ein Engagement des Reichstages für ca. 40 Millionen in sich schließen, nach den Vorschlägen der Budgetkommission bewilligt. Ueber die zurückgesetzten Positionen soll morgen gleich nach Beginn der Sitzung unter Namensruf abgestimmt werden. Da ein nicht geringer Bruchtheil des Zentrums mit Nein zu stimmen gesonnen ist, so kann die Position

Feuilleton.

Nachdruck verboten. [Alle Rechte vorbehalten]

Helene.

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Auf dem ersten Treppenabsatz machten Beide Halt und horchten auf das Pochen und Hämmern, das über ihren Köpfen erscholl.

„Ist das der Kassellan, der da herumtort?“ fragte Konrad.

„Er schlägt im Saal Tische und Bänke auf,“ erklärte Helene.

„Und diese kleine Thür?“

„Führt nach der Küche.“

„Auch eine Küche haben wir?“

„Eine ambulante, kommunistische Küche, darin wird für Alle gekocht.“

„Und schon heute brennt das Feuer auf dem Herd? Ich habe den Rauch emporstiegen sehen, er hat mich hierher geführt.“

„Wirklich? — aber da fällt mir ein, ich habe den Kessel am Feuer — Sie entschuldigen, ich muß wirklich nachsehen — ich bitte, nur einen Augenblick.“

„Sie schließen mich aus?“

„Mein Gott nein, wenn Sie wollen —“

Er wollte sehr und so betreten die Beiden die Küche und ließen den Kassellan im oberen Stock ungestört fort-hämmern.

Sie waren allein in dem engen, traulichen Raum, in dem Helene mit fleißigen Händen und sorglichem Sinn gewaltet hatte.

Das Fenster mit den kleinen Wuhenscheiben stand offen und die Sonne schien gerade hinein und lag ruhig und

breit auf dem Tisch und dem Steinsif in der Fenstervertiefung, während sie auf dem ausgetretenen rothen Ziegelboden in einzelnen leuchtenden Flecken aussprang, um sich in allen Farben des Regenbogens in den Flaschen und Gläsern wiederzuspiegeln, die Helene fast symmetrisch auf einer umgestürzten Kiste aufgestellt hatte.

Sie erklärte ihm die Einrichtungen, die sie getroffen hatte, wies auf die mächtigen Brotläibe, die auf einander geschichtet lagen; und auf die Käbel mit saurer Milch und das Gemüse.

Und er ging hin und her, von ihr geführt und geleitet und betrachtete alles, nickte und lächelte und wußte doch nicht recht, was er sah, noch was er sprach.

Er blieb wie in einem Rausche befangen.

Ueber sie war indeß jene erhöhte Regsamkeit gekommen, jene Elastizität, die in der Spannung der Nerven liegt und dem Weibe einen bestrickenden Zauber verleiht.

Auf dem Herd war das Feuer fast erloschen, aber es sollte nicht ausgehen.

„Ich habe nur einen Kessel,“ sagte sie, „und muß eines nach dem anderen kochen.“

Sie scharrte die glimmenden Kohlen zusammen und blies sie an. . . sie blühte sich um das Holz und legte es zu. . . bald brannte es lichterlos.

Dann stach sie mit der Gabel den Schinken an, der im Kessel lag, und versuchte, ob er schon gar sei, aber er war noch zu fest, er mußte noch weiter kochen.

Dazwischen rief sie ihm zu: „Sehen Sie sich, Sie werden müde sein nach dem langen Marsch — ich bin gleich fertig — nehmen Sie dort im Fenster Platz.“

Er stand, die Arme gekreuzt, in der Nähe des Herdes und rührte sich nicht.

Er verfolgte ihr Mienenpiel und jede ihrer Bewegungen, die sie mit den runden Armen vollführte, sah nach dem

schlanken Halbe, der unter der Bluth des Feuers rosig schimmerte, und es beklemmte ihn, daß sie so schön war. Er konnte es nicht begreifen, wieso ihm ein Glück, nach dem er sich lange gehehnt, nun so plötzlich und unerwartet gekommen war.

Sie fragte ihn, ob er nicht etwas essen wolle.

„Danke, ich bin nur durstig.“

„Leider ist das Bier noch nicht angekommen — aber ein Glas Milch vielleicht?“

„Wenn Sie mir das geben wollten.“

„Sogleich.“

Er fuhr empor. „Das heißt, ich will es mir selbst holen,“ sagte er, vor dem Gedanken erdrossend, von ihren Händen bedient zu werden.

Sie lächelte.

„Ueberlassen Sie das nur mir; aber bitte, nehmen Sie zwei Gläser und stellen Sie sie auf den Tisch.“

Er that, wie sie geheßen, und sie brachte in einem Krüge die Milch und schenkte die Gläser voll.

Und jeder griff nach dem seinen, und hob es ein wenig, zugleich mit den Augen und im hellen Klang klirren die Gläser zusammen. Sie that einen lächigen Zug, er aber leerte das Glas, ohne es von den Lippen zu nehmen.

„Bitte noch einmal“, bat er, „ich bin ganz Durst.“

Es klang so eigenthümlich.

Sie schenkte ihm ein und stellte den Krug auf den Tisch.

Dann hatten sie beide Platz genommen auf den Steinsif zu Rechten und Linken.

Oben hämmerte und klopfte es noch immer, vor dem Fenster sang eine Drossel.

Helene wendete den Kopf ein wenig seitwärts und sah zum Fenster hinaus.

„Das ist der Kirchturm von Andelsingen, der da

abgelehnt werden, wenn die Mitglieder der Linken zur rechten Zeit am Platze sind.

Aus der Debatte verdienen hervorgehoben zu werden die Darlegungen über die Katastrophe auf der „Brandenburg“, welche Singer anregte, und die in später Stunde von Legien vorgebrachten Beschwerden über die Anwendung der sogenannten Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen auf der Torpedo-Werstatt Friedrichsort bei Kiel. Wie fast überall, so scheinen auch auf dieser „staatlichen Musteranstalt“ die Wohlfahrts-Einrichtungen für die Arbeiter Hessele unter Rosen verdeckt zu sein.

Nachdem die Kommission für den russischen Handelsvertrag heute ihre Arbeiten beendigt hat, soll am Sonnabend bereits die zweite Lesung im Plenum beginnen. Es sind vier Tage für diese Debatten gerechnet.

Der Bundesrath überwiegt in seiner heutigen Sitzung die Vorlage betreffend die zollfreie Ablassung von Bleiröhren bei Verwendung zur Ausrüstung von Seefahrtschiffen dem 3. und 4. Antrags und ertheilte dem Entwurf eines Gesetzes wegen Verlängerung des bestehenden Handelsprovisos zwischen dem Reich und Spanien die Zustimmung.

Aus der Währungs- und Münz-Kommission. Den Mitgliedern der Silbermünz-Kommission sind, wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, jetzt vom Reichsfinanzamt die ersten fünf Altentwürfe mitgeteilt worden. Dieselben betreffen: 1. Bericht über den Goldbergbau in Transvaal; 2. älteres Programm über die Erörterung der Währungsfrage; 3. Entwurf eines Münzgesetzes — Antrag Graf v. Kanitz u.; 4. Vorschlag des Direktors Kanitz; 5. Vorschläge zur Hebung des Silberwerthes von Dr. Loris; ferner graphische Darstellungen, betreffend den Rubelkurs und den Roggenpreis u. 3 Nummern. Weiter die Silberproduktion Deutschlands, von Herrn Geheimrath Leuschner vorgelegt. Nr. 3 speziell ist der unveränderte, früher von Ackermann, in der letzten Session vom Grafen von Kanitz eingebrachte Doppelwährungs-Entwurf. Die Nr. 4 enthält den folgenden Antrag des Mitgliedes der Kommission, Direktor Kanitz: „Mögllichst viele Staaten (worunter die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Britisch-Indien) einigen sich darüber: 1. daß die freie Goldprägung in allen beteiligten Ländern, wo sie bisher bestand, aufrecht erhalten und daß die britisch-indischen Münzstätten der freien Silberprägung wieder geöffnet werden, 2. daß die bisherigen silbernen Kourant- und größeren Scheidemünzen allmählig aus dem Verkehr gezogen und durch Silber-Kourant, im Verhältnis von ca. 24:1 geprägt, ersetzt werden, 3. daß dieses neue Silber-Kourant in jedem Staate, wo es geprägt ist, als gesetzliches Zahlungsmittel (Legal Tender) zugelassen wird, daß indes kein Staat verpflichtet sein soll, die Münzen der Mitkontrahenten in Zahlung zu nehmen oder deren Umlauf zu gestatten, noch die eigenen Silbermünzen gegen Gold einzunehmen, 4. daß jeder Staat verpflichtet ist, auf Silberprägungen eine Prägegebühr von mindestens 10 pCt. zu erheben, daß es aber jedem Staate freistehen soll, diesen Satz jederzeit bis auf 20 pCt. zu erhöhen oder beliebig innerhalb dieser Grenzen zu verändern, 5. daß die Münzstätten der kontrahierenden Staaten verpflichtet sein sollen, auch für Private Silber zu prägen, jedoch mit der Einschränkung a) daß die Prägungen von den neuen Silbermünzen nicht mehr als 1 M. pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung in gleichmäßigen Monatsraten zu betragen brauchen, b) daß die Prägungen streng nach der Reihenfolge der Ablieferung des Münzmetalls unter Beobachtung der Monatsraten erfolgen, 6. daß es jedem Staate freistehen soll, für eigene oder private Rechnung auch mehr als das in 5 genannte Quantum zu prägen.“

Am 12. März tritt die Kommission wieder zusammen.

Den Militarismus schreibt man in direktem Gegensatz zum klar ausgedrückten Volkswillen stellen zu wollen, wie die folgende Mittheilung des „Bayrischen Vaterland“ beweist, falls sie wirklich den Thatfachen entspricht. Das Organ des Dr. Sigl schreibt nämlich:

„Der bayrische Premierlieutenant im 6. Chev.-Regiment, v. Burchtorff in Bayreuth, ist als Mittmeister charakterisirt worden. Burchtorff hatte seinerzeit in Berned die viel besprochenen Schießereien verübt und dann sich wegen „Nervenüberreizung“ in eine Heilanstalt begeben. Wajst ist ihm wegen jener Affäre nichts, wohl aber ist er jetzt befördert worden.“

Einige Blätter fügen dieser Nachricht ein „Kamuglanblich“ an. Wir halten im Gegentheil die Sache wohl glaublich, ist doch der pp. v. Burchtorff mit hohen Herren verwandt und hat die militärische Moral uns ganz gemeinen Zivilisten schon so wunderliche Ueberraschungen gebracht, daß wir das Erstaunen schon längst verlernt haben.

Pastor Schall, der mit seinem orthodoxen Christenthum die Vertheidigung des Duells in Einklang bringen konnte, wird jetzt im „Voll“ von einem evangelischen Geistlichen deshalb ziemlich energisch angegriffen. Es werden

herübersehen,“ sagte sie, ihn mit dem Finger bezeichnend, „sehen Sie, wie das Kreuz jetzt auf der Spitze im Sonnenglanz funkelt, das ist hübsch.“

„Sehr hübsch,“ bestätigte er, aber er sah gar nicht nach dem Kreuze hinüber.

„Werden Sie während der Sitzungen im Schlosse bleiben?“ fragte er plötzlich.

Sie wandte sich rasch nach ihm um.

„Ja, es wird nöthig sein. Der Kastellan kann unmöglich alles allein besorgen. Sollen wir eine Andere dazu bitten? Ich bin einmal mit im Geheimniß, man hat mir einen Vertrauensposten übertragen, und wenn ich mich auch etwas in der Reserve halte, so will ich doch meinen Posten behaupten.“

Er sah ihr voll ins Gesicht mit glänzenden Augen.

„Ich hätte es nie gedacht.“

„Was?“

„Daß ich Sie als eine so tapfere Parteigenossin wiederfinden würde.“

„Ich gehöre zu Euch, ganz und gar,“ sagte sie entschieden in einem fast leidenschaftlichen Ton und sie legte ihre Hand in die seine, die er ihr weit über den Tisch entgegengestreckt hatte und drückte sie fest.

„Ich kann Ihnen nicht sagen, wie mich das glücklich macht, nachdem,“

„Nachdem?“ Sie hatte die Hand wieder zurückgezogen und ihr Blick wurde ernster, nachdem Sie sich gewöhnt hatten, mich als eine Feindin zu betrachten.“

„Als eine Frau, die einer anderen Klasse angehört, mit anderen Interessen und anderen Bedürfnissen.“

„Die ich nicht hatte, die mir künstlich aufgepflropft wurden.“

„Innerlich hätten Sie also immer zu uns gehört?“

„Ich glaube ja, das ist schon so in mir gelegen.“

„Und es stimmte auch zu der Lene, wie ich sie kannte.“

Ein neugierig rascher Blick traf ihn aus ihren Augen.

sich wohl so manche vernünftige Geistliche gedacht haben, daß der böse Sozialdemokrat Bebel dem Geiste des Christenthums näher gekommen ist, als der geachtete Christ Schall.

Von und in der alten Kasetentiste ist es sehr still geworden, seit dem unglücklichen Hofgang, wo dem „postenden Rögler“ ein überzunderter Knebel in den Mund gesteckt ward. Aber irgendwo muß es doch heraus — das Gift und die Galle; und so hat es denn an sehr unerwarteter Stelle eine Explosion gegeben, nämlich in den Spalten des „Kladderadatsch“, der zwar durch die Bismarckseuche auf den Hund gebracht worden ist, aber noch immer an ihr leidet, vermutlich, weil der „Nachfolger“ es nicht der Mühe werth hält, ihn davon zu kuriren. Wir erwähnten schon der skandalösen Briefkastenvorfälle des Wihlblattes a. D., und konstatirten sofort, daß die ordinäre, burschillos-rüpelhafte Art der Angriffe auf Friedrichsruher Arbeit hindert. Wir haben uns nicht getäuscht. Die Redaktion des „Kladderadatsch“ hat jetzt in einem von der „Frankfurter Zeitung“ mitgetheilten Brief zu stehen, daß die Schmuhwürfe erfolgt sind, weil die Angegriffenen das Verbrechen begangen haben, „von Bismarck abzuschwenken“. Und weiter haben wir durch die „Gamburger Nachrichten“, deren Chefredakteur zweifellos gut unterrichtet ist, dieser Tage erfahren, daß die Angegriffenen Herrn Herbert Bismarck zur Rede gestellt haben — daß dieser aber „von nichts wußte“ — was Jeder, der den Herrn und dessen Helmengeist der alten Kasetentiste also wieder einmal gründlich reingefallen. Seit er vorgestern mit verbissenerm Ingrimm der Welt auf die Nase band, daß der Kaiser beim neulichen Besuch in Friedrichsruhe „sein Wort über Politik“, sondern nur von „Lachforellenzucht“ mit ihm gesprochen hat, ist kein Mucks hervorgekommen aus der Kasetentiste.

Deutsche Einheit. Der Eisenbahn-Verkehr zwischen Leipzig und Berlin ist sehr bedeutend und in fortwährender Zunahme begriffen; die Zahl der Eisenbahnzüge ist aber seit Jahrzehnten dieselbe geblieben, so daß sie den Bedürfnissen des Verkehrs keineswegs genügt. Jeder, der einmal von Berlin nach Leipzig oder von Leipzig nach Berlin zu reisen hatte, weiß, daß die Züge stets überfüllt sind. Wiederholt suchte man von sächsischer Seite die preussische Eisenbahnverwaltung zur Einlegung neuer Züge zu bestimmen, jedoch immer vergebens. In den letzten Wochen wurde abermals ein Versuch gemacht und von der ganzen Leipziger Handelswelt aufs lebhafteste unterstützt — umsonst, die preussische Eisenbahnverwaltung hat wiederum lähl abgelehnt. Die servile Bettelei der Leipziger „Pfeffersacke“, die preussischer sind als die Preußen, ist also ohne den erwünschten Lohn geblieben.

Wozu kein Geld da ist. Der Russtos der Universität Göttingen, Dr. Adalbert Roquette, hat eine Schrift über Bibliothekswesen veröffentlicht, aus welcher wir ersehen, daß in Preußen keine einzige Universitätsbibliothek mit ausreichenden Mitteln versehen ist und daß wir in dieser Beziehung hinter dem Ausland — England und Frankreich — weit zurückstehen. Die angelegten Fonds sind so gering bemessen, daß von den beschrifteten Universitäten nicht die Hälfte, von anderen nicht ein Sechstel, von einer gar nicht ein Achtel der erforderlichen Schriften gekauft werden kann. In den übrigen deutschen Staaten, wo der Militarismus noch nicht so vollständig alles überwuchert und ausgezogen hat, ist es nicht ganz so schlimm, aber doch auch sehr schlimm, und wird natürlich immer schlimmer.

Den alten Ruhmestitel: „Land der Wissenschaften und der Schulen“ werden wir anderen mythisch gewordenen Ruhmestiteln bald nachwerfen müssen, wenn wir nicht als ganz erbärmliche Heuchler dastehen wollen.

Die Verstaatlichung der Bergwerke wollen unsere Genossen im sächsischen Landtage beantragen.

General v. Kirchhoff vor dem Ober-Verwaltungsgericht. Ein Schauspiel „Nothwehr“ von Elsa v. Schabelski war vom Alexanderplatz-Theater zur Aufführung angenommen, aber durch die Polizei verboten. Der Bezirks-Anschuß bestätigte das Verbot. Es handelt sich in dem Stück um einen Soldaten, der von einem Unteroffizier aufs ärmste mißhandelt und beschimpft wird und diesen niedersticht. Die Verfasserin hatte Verusung beim Ober-Verwaltungsgericht eingelegt, die heute zur Verhandlung

„Wie Sie sie kannten? Kannten Sie sie denn?“

Er zuckte die Achseln und ein schalkhaftes und dabei zärtliches Lächeln legte sich um seinen Mund.

„Die Lene von damals ist noch gar kein richtiges Frauenzimmer gewesen. All der alte Kran, mit dem man anderen Mädchen die Köpfe anfüllt, hatte sie nicht beschwert. Sie wußte wenig von den herkömmlichen Zierereien . . . sie wußte überhaupt nicht viel . . . Voll naiver, ursprünglicher Kraft, hatte sie sich intellektuell doch langsam entwickelt und man konnte sich leicht über ihr Wesen täuschen . . . In ihr verlangte eben alles nach einem neuen Inhalt.“

„Aber man hat ihn ihr nicht gegeben.“

„Wer hätte es thun sollen? Die Mutter konnte nicht geben, was sie selbst nicht besaß, und der Vater? — er hatte den Kopf voll Sorgen, er mußte immer daran denken, — wie kann ich die Kinder ernähren . . . sie zu erziehen hatte er keine Zeit — und so hat er einzig durch seine Unzufriedenheit den revolutionären Geist in sie verpflanzen können.“

„Und Lene's guter Freund — Konrad Ebner?“ fragte sie.

„Ach der — der hatte damals so viel mit sich zu thun . . . bei dem wogten die neuen Ideen noch ganz ungeklärt durcheinander, da trug sie die Lene viel sicherer in ihrem jungen und begeisterten Herzen.“

„So haben Sie die Lene gesehen — so viel von ihr gehalten?“

„Ich habe die Lene sehr lieb gehabt,“ sagte er leise.

„Und doch haben Sie sie aufgegeben!“

Ein rasch aufflammender Blick traf sie aus seinen Augen. Dann zuckte sich die Brauen zusammen, und sich den blonden Schnurrbart streichend, starrte er auf den schöngederten Marmor des Tisches.

„Meinen Sie, daß es mir leicht geworden ist? Die Lene wußte nicht, was sie mir angethan . . . sie hat sich auch nie darum gekümmert. . . Sie hat einen Anderen geliebt und geheiratet.“

lam. Der Vertreter der Klägerin, Rechtsanwalt Grelling, führte unter Berufung auf die vielbesprochenen Reden des Kriegsministers aus, daß die Tendenz des verbotenen Stückes eine durchaus stitliche sei; das höhere menschliche Recht wird in dem Stücke vertreten. Der Soldat, der in dem Stücke seinen Quäler niedersticht, sei viel mehr noch zu entschuldigen als der General v. Kirchhoff, der lange nicht so wehrlos sei als ein gemeiner Soldat, der einem brutalen Unteroffizier als Opfer diene und dem die Disziplin jede andere Wehr, auch die der Öffentlichkeit verjage. Das Oberverwaltungsgericht lehnte sich an diese Ausführung nicht, es stimmte nur dem Polizeipräsidenten zu, daß die Darstellung des Stückes, welches übrigens den militärischen Beschwerdeweg unrichtig darstelle, das Publikum des Alexanderplatz-Theaters aufreizen müsse. Das Erkenntniß der vorhergehenden Instanz hatte eine Erschütterung der öffentlichen Ordnung auch darin erblickt, daß in den Soldaten durch dasselbe „das Vertrauen auf die Weisheit der Militärbehörden“ und die „Achtbarkeit der Vorgeordneten“ Einbuße erleiden könnte. Als der Vertreter der Klägerin erwähnte, daß das Stück im Petersburger Hoftheater und in Paris zur Aufnahme angenommen sei, gab dieses dem Polizeivertreter, Regierungsrath v. Loh, zu höchst nationaler Emphase Anlaß. Was niemals ein deutscher Dichter auf die Bühne gebracht habe, das habe Fräulein v. Schabelski gewagt; und daß ihr Stück in Paris und Petersburg zur Aufnahme angenommen, sei sehr erklärlich; finde doch der Meid über unser herrliches Kriegsherr darin seine Befriedigung.

Zum Fall Oppenheimer wird uns aus Straßburg geschrieben: In den letzten Verhandlungen des Reichstags gab sich der Kriegsminister alle Mühe, dem Genossen Dr. Oppenheimer dadurch eins aufzuhängen, daß er nachzuweisen veruchte, O. habe den Abg. Bebel verleugnet, trotzdem er ihn am Bahnhofs empfangen habe. Wie Bebel richtig erwiderte, hat O. ihn nirgends verleugnet. In dem vom Kriegsminister verlesenen Protokoll der Universität steht davon auch nicht ein Wort. O. wurde hier auf eine Denunziation der Polizei hin vom Disziplinaramt befragt, ob er zu den hiesigen sozialdemokratischen Führern Beziehungen habe; er erklärte der Wahrheit gemäß, daß das nicht der Fall sei, daß er nur von einem derselben Schriften beziehe. Er hat auch ebenso wenig dem Bezirkskommandeur gegenüber eine ähnliche Äußerung gethan. Wie er kurz nach jeder Unterredung mehreren Bekannten mittheilte, wurde er vom Bezirkskommandeur darüber gefragt, ob er ein thätiges Mitglied der Partei sei und als solches mit auswärtigen Führern in Verbindung stehe. Dies wurde der Wahrheit gemäß in Abrede gestellt. Auf eine weitere Frage, ob er geheimes Mitglied der Partei sei, erklärte er, daß er als Angehöriger der Universität keiner politischen Partei angehören dürfe. Wer weiß, in welcher Weise die Angaben bei einem militärischen Verhör verwendet werden können, wird zugeben müssen, daß bei jeder Äußerung eine gewisse Vorsicht am Platze ist. Es ist auch bewiesen, daß die Polizei die Denunziation an die Militärbehörde gemacht hat. Kurz nach der Wahl wurden auch andere Leute, die den Untergebenen des verflochtenen Heichle unangenehm aufstehen, vor die Kriminalpolizei beschieden, und mit ihnen auf grund eines alten französischen Gesetzes ein sog. Niederlassungsprotokoll aufgenommen. Eine der ersten Fragen war da: „Haben Sie gebietet und sind Sie befördert?“ Wozu wird eine solche Frage kurz nach der Wahl an Leute gerichtet, die schon jahrelang in Straßburg leben? Vielleicht bekam die Polizei über Nacht ein Interesse an dem Militärverhältnis ihrer Schutzbefohlenen? Die Behauptung endlich, O. habe in „deutschfeindlichem“ Sinne agitirt, ist vollständig aus der Luft gegriffen und durch das Universitätsprotokoll direkt widerlegt. O. hat überhaupt nicht agitirt — schon deshalb nicht, weil die Polizei jede Gelegenheit dazu unmöglich machte — und am allerwenigsten im hier zu Lande ortüblichen, protestantischen Sinne.

Im Interesse der Ehre unseres Parteigenossen Oppenheimer, dem augenblicklich noch als altem Soldaten die Hände gebunden sind, bringen wir den wahren Sachverhalt zur Kenntniß der Parteigenossen.

Preussische Wahlstatistik. Der Militärlich-Politischen Korrespondenz zufolge wird die Statistik über die insolge des neuen Wahlgesezes eingetretenen Verschiebungen, die der Minister des Innern dem Abgeordnetenhaus in Aussicht stellte, dem Landtag endlich in dieser Woche zugehen.

Die österreichische Wahlreform begegnet großen Schwierigkeiten, die Konservativen wollen die direkten Wahlen fast ganz beseitigen und den größten Theil des Abgeordnetenhauses von den Provinziallandtagen wählen lassen, was weder das Ministerium, noch die anderen Parteien, noch auch die Wähler wollen. Das Bündniß

„Weil er der Erste war, der ihr gesagt hat, daß er sie lieb habe, daß sie ihm das Theuerste auf der Welt sei. . . Kann denn niemand begreifen, welcher bestimmenden Eindruck das auf ein junges Herz macht? Die Sehnsucht ist da . . . die erwacht so früh . . . und man prüft nicht und zweifelt nicht . . . Felsenfest glaubt man, weil man ja alles glaubt, so lange man gut ist. Und da ist niemand, der ein Mädchen von seinen Illusionen befreite, die so kindisch sind, und zugleich so ungeheuerlich, wie sie nur ein Geschöpfchen haben kann, das nichts weiß, nichts, gar nichts kennt und versteht . . . nicht einmal seinen eigenen Körper — da bleibt denn alles dem Zufall überlassen . . . aber es giebt nicht immer glückliche Zufälle.“

Sie legte die Finger leicht über die Augen, die unteren Partien ihres Gesichtes zeigten ein nervöses Zucken.

Er sieht sie an — sein Athem ist heiß — stürmisch pocht ihm das Herz, ihr Bekenntniß hatte ihn tief erschüttert, aber er fürchtet, ein Wort zu sagen, daß ihr mißfallen und sie verletzen könnte.

Als sie aber schweigend verharret, neigt er sich ihr entgegen, „das ist nun alles vorüber,“ sagte er ernst und gehalten.

„Vorüber?“ wiederholt sie, wie für sich hin.

„Ich dachte so . . . Sie haben doch Ihre Ehe getrennt . . .“

Forschend sieht er sie an und als sie leise nicht, steigt eine kräftige Röthe in seine Wangen und aus seiner Stimme klingt es wie zurückgehaltener Jubel: „Sie hatten den Muth, kein Verhältniß zu lösen, das niemals ein sittliches gewesen ist, denn dieser Mann hatte in seinem unglücklichen Hochmuth sein Weib nie als seine Gleiche betrachtet. Er hat dies Uebergewicht nicht aus seiner höheren Bildung geschöpft — die denkt anders . . . auch nicht aus seiner höheren Sittlichkeit — sondern einzig und allein aus seiner ökonomischen Ueberlegenheit.“ (Fortsetzung folgt.)

der großen Parteien scheint deshalb bald in die Brüche gehen zu wollen und die Lösung der Wahlrechtsfrage künstlich verschoben zu werden.

Die „Kreuzzeitung“ ist der Meinung, daß die Wahlreform nicht im Parlamente, sondern außerhalb desselben stattfinden wird.

Die Verstaatlichung der Eisenbahnen soll in Oesterreich zu Ende geführt werden.

Schlimme Ansichten. In Frankreich ist, wie wir dem „XIX. Siècle“ — dem „Neunzehnten Jahrhundert“ — entnehmen, eine neue Kanone erfunden, die viel weiter, viel akkurater und dreimal so oft schießt, wie die besten jetzt vorhandenen Kanonen.

Der Bombensegen. Zum Bourgeoisseggen, Junker- und Pfaffenseggen für die „heilige Bombe“ — das ist die neueste Nachricht aus Frankreich.

In Italien spricht man von der Auflösung des Parlaments, weil dasselbe wohl die Finanzvorschläge des Ministeriums Crispi verwerfen dürfte.

In Afrika haben Portugiesen und Engländer auf einander geschossen.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission verhandelte heute über die Forderung, welche die Regierung zur Errichtung des Denkmals für den verstorbenen Kaiser Wilhelm in den Stat. eingeführt hat.

Der Referent Abg. Graf Limburg erinnert an den Reichstagsbeschluss vom Jahre 1890, durch welchen der Reichstag die Bestimmung des Platzes sowie die Gestaltung des Standbildes dem Kaiser überlassen hat.

Die Ansicht der Kommission, in dem künftigen Etatsjahre nur das Allernothwendigste und Unauschiebbare zu bewilligen, müsse dieser Forderung gegenüber unbedingt festgehalten werden.

mit dem Denkmal in Verbindung bringen wollen, dann könnten sie ja im März 1897 den Grundstein zu dem Denkmal legen.

Aus prinzipiellen Gründen und wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage beantragte Abg. Singer die Ablehnung der Regierungsvorlage und damit zugleich den Antrag des Referenten.

Der Staatssekretär v. Bötticher befürwortet die Regierungsvorlage, giebt jedoch event. dem Antrage Lieber den Vorschlag.

XIII. Kommission. Deutsch-russischer Handelsvertrag. Sitzung vom 8. März. Vor Eintritt in die Verhandlungen erklärt Minister v. Bötticher, daß seine Erklärung über die Aufhebung der Staffeltarife in dem Bericht der „Nationalzeitung“ nicht richtig wiedergegeben sei.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags hat beschlossen, dem Reichstag zu empfehlen, die Wahl des Abg. Preis (S. Elsaß-Lothringen) für gültig zu erklären.

Parteinachrichten.

Unsere Parteigenossen in Elsaß-Lothringen leiden bekanntlich noch weit mehr unter der Polizeiwilkr., als wir im „Mutterlande“.

Ein zehnder Gastwirt macht durch Nr. 17 des „Zehd. Anz.“ bekannt: „Mein Lokal steht unterm heutigen Tage nur Gästen, die für Kaiser, König und Vaterland sind.“

Wegen Hausfriedensbruch war der Dirigent und mehrere Mitglieder des Arbeiter-Sängervereins „Sängerlust“ zu Luckenwalde angeklagt, weil sie der Aufforderung des Todtengrabes, den Kirchhof zu verlassen, nicht gefolgt waren.

In Unrecht führt und obendrein verurtheilt. Die Verhaftung der Postamentiers-Gesfrau Kulik, die schon so viel Staub aufgewirbelt hat, beschästigte gestern wiederum das Gericht.

Eine gerichtliche Verurtheilung des Straßeneleuds. Eine Entscheidung, welche die im modernen Berufsrichterthum maßgebenden Rechtsbegriffe grell beleuchtet, hat kürzlich das Kammergericht in letzter Instanz gefällt.

Die Postbehörde und der gute Wandel ihrer Untergebenen. Einer der Fälle, in denen die Postbehörde einen Untergebenen wegen angeblicher außerdienstlicher Vergehen entläßt, bevor die Angelegenheit gerichtlich zur Aburtheilung gelangt ist, kam am Donnerstag an das Licht.

„Der Sozialdemokrat“, Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Dentschstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungs-Expediteure.

Depeschen.

Nom. 8. März. Eine Bombenerplosion veranlaßte den Bruch aller Fenster des Kammergebäudes, auch der im Innern, sowie der Gebäude in der Umgebung.

Für den Inhalt der Inserate über-
nimmt die Redaktion dem Publikum
gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
Freitag, den 9. März.
Opernhaus. 9. Sinfonie-Abend der
Königlichen Kapelle.
Schauspielhaus. Keine Vorstellung.
Deutsches Theater. Der Talisman.
Berliner Theater. König Richard III.
Leistung-Theater. Madame Sans-
Gêne.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Die Brautjungf.
Residenz-Theater. Der Maskenball.
Vorher: Vermischte Anzeigen.
Neues Theater. A Basso Porto.
Central-Theater. Ein gesunder
Junge.
Adolph Ernst-Theater. Charley's
Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Der Südhörn.
Alexanderplatz-Theater. Die
blonde Gina. — Die Weber.
National-Theater. Gna. — Bild-
feuer.
Theater Unter den Linden. Der
Obersteiger.
American-Theater. Lumpen - Su-
sanne, oder: Die Obdachlosen von
Berlin.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Wintergarten. Spezialitäten - Vor-
stellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Baumwoll-Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.

Neue freie Volkshöhne
im Wallner-Theater.
2 1/4 Uhr. 459/16
Emilia Galotti.
Sonntag, 11., 18., 25. März.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 182.
Gastspiel des Fr. Clara Hrabowska
vom großherzoglichen Hof-Theater in
Mannheim.
Ella.
Dramatische Phantastie in einem Aufzuge
von Henry John Smith. Mit Chören
und begleitender Musik v. Paul Lorberg.
Dirigent: Adolph Wiebecke. Regie:
Max Samst.
Hieraus:
Wildfeuer.
Luftspiel in 5 Akten v. Friedr. Palm.
Regie: Fritz Schäfer.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang
7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.
Alte Jakobstraße 30.
Zum 4. Male:
Novität! Ein gesunder Junge.
Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten
von Jean Kren.
Musik von Julius Gindshofer.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
Bredener-Strasse 55.
Jeden Abend 8 1/2 Uhr:
Lumpensusanne
oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus
dem Müllwinkel (frei nach dem Ver-
brecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.
Lumpensusanne, gen. "Die Gräfin",
ein schon geprüftes Mädchen
Franziska Häser.
Die Bombe. Afterspermetrin im Müll-
winkel des "Sonnenaufgangs"
Josephine Delicissour.
Brunwald — mit bewegter Vergangen-
heit. Martin Bendix.
Täglich: Auftreten des
besten Baugredners d. Jetztzeit
H. Blank.
Ferner u. a.:

"Direktor Hippe"
von Martin Bendix,
sowie Eugen Jocher, Sächsischer
Original-Humorist, Alfred Bender.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr,
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Freitag, den 9. März 1894:
Benefiz für Alfred Bender.

Nur noch wenige Tage.
Präuschers anat. Museum
täglich von früh 9 bis 10 Abends für
erwachs. Herren. Dienstag u. Freitag
Damentag.
unwiderrücklich:
Schluß Sonntag, den 1. April.

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Tante.
Schwan in 3 Akt. v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt
von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Berl. Bock-Brauerei
Tempelhofer Berg:
55. Bock-Saison.
Täglich: [2198b]
Gr. Militär-Concert.

Passage-Panopticum.
Die
Glocke
von Fr. v. Schiller.
Musik von Romberg.
Dargestellt in
15 lebend. Bildern.

Alcazar.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passag.)
Neu! Neu!
Bummel-Fritze.
Posse mit Gesang in 2 Bildern.
Neues Variété-Programm.
Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf.
R. Winkler.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
**Spezialitäten-Vorstellung
und Konzert**
von nur Künstlern 1. Ranges.
Auftritt der Ballet-Gesellschaft
Columbia (10 Damen), Ballet-
meisterin Rosa Fricka.
Auftritt der Elite-Parterre-
Akrobaten u. Pantomimentruppe
Hernandez.
Im **Mädchen-Pensionat.**
Romische Pantomime mit Ballet.
The Willons, Doppel-Jongleure.
Joli di Dios, Kostüm-Soubrette.
Geschw. Howala, Duettistinnen.
G. Cordes, Gesangs-Humorist.
Anfang: Sonntags 8 Uhr,
Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.
A. Zimmermann.

**Gratweil'sche
Bierhallen**
Kommandantenstr. 77-79.
Welt u. größt. Stablfestm. Werk.
Täglich abwechselnd. Programm
bei freiem Entree
der ersten Wiener Damenkapelle
"Dittl"
und Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Täglich Auftreten der
Miss Webb,
Laubenkönigin,
mit ihren 24 dreifirsten Lauben.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
8 Regelbahnen, 6 Billards, pro
Stunde 60 Pf.
C. Koch, fr. Gambrius.
**Säle für Versammlungen
und Festlichkeiten**
sind noch an verschiedenen Tagen
zu haben.

Circus Renz.
(Karlstraße.)
Freitag, den 9. März cr.:
Abends 7 1/4 Uhr:
Nur an j. zur fröhlichen Jagd!
Parforce-u. Kasladentritt. Ballet von
100 Damen. Reute von 40 Hunden.
Auserdem: 4 arabische Schimmel-
hengste, als Fahnenpferde vorgef. v.
Dir. Fr. Renz; das Schulpferd Syd,
ger. v. Herrn R. Renz; Jeu de la rose,
ger. v. Frau Renz-Stark u. Miss Edith;
d. itarischen Spiele in d. Luft, ausgef.
von der Troupe Dainoff; die Hand-
Akrobaten Gebr. Detroit, u.
Sonabend: Auf an j. zur fröhlichen
Jagd! Sonntag: 2 Vorstellungen.
Fr. Renz, Direktor.

Unserm lieben Kollegen, dem Metall-
dreher Oskar Sachse, zu seinem
beutigen Wiegensfest ein donnerndes
Hoch, daß die Messingspäne hupen
und die Drehbänke vor Freude einen
Purzelbaum schlagen. [2194b]
Die Ribististen
von C. T. Sp. u. Co.
Oskar — Prösterken bleibt Prösterken.
Am 6. d. Mts. entschlief sanft nach
kurzem Krankenlager meine innigst-
geliebte Frau, unsere theure Tochter,
Schwester, Schwägerin und Tante

Jda Möser,
geb. Theiss.
Im Namen der Verwandten zeigt
dies tiefbetrübt an [2212b]
Alfred Möser.
Die Beerdigung findet Sonntag, den
11. März, Nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Parochial-Kirchhofes
(Vogelangerstraße) aus statt.

Eine Frau mit 3 Kindern im Alter
von 5 bis 10 Jahren, welche der Mann
verlassen hat, und die Kinder alle er-
krankt sind, bittet Menschenfreunde um
eine Unterstützung, da sie selber krank
ist und nicht weiß, woher sie Brot
nehmen soll. [2211b]
Frau Geisdorf, Wienerstr. 45, v. II.

Fernrohre
per Stück 3,20 Mk.
mit 4 feinen Linsen
und 3 Auszügen.
Vergrößerung
12 Mal unter
Garantie.
Jedes Stück,
welches
nicht ge-
fällt,
nehmen
sofort
retour.
Preis-
katalog
sämmtl.
Fern-
rohre, Feld-
stecher,
Operngläser,
Lupen, Com-
passe, Mikro-
kope, Musik-
werke
versenden umsonst.
Kirberg & Co.
Gräfrath-Central
b. Solingen.

Battler!
Frühsprache: Sonntag Vor-
mittags 10 Uhr im Restaurant Detex,
Holzmarktstraße 8. [2022b]

Bahnarzt Seligmann
wohnt jetzt
Münz-Strasse No. 16.
Musikinstrumente.
Alle Blas-, Streich- u. Schlag-
instrumente, **Spieldosen**,
u. Drehen u. selbstspielend,
Musik-Automaten
fertigt **Aug. Kessler,**
51. Raupierstr. 51.

Victoria-Brauerei,
Löhnowstraße 111-112.
Jeden Freitag und Montag:
**Stettiner
Sänger**
Anfang
8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf
40 Pf.
Ganz neues
Programm!
Sonntag: Sanssouci.

**Castan's
Panoptikum.**
Neu! Eine Neu!
**Vision:
Psammenit,
der lebende Mumienkopf.**
Altes Schönehaus, Einieustr. 5,
empfehlen seine Säle.
Sonabend der 7. und 28. April
sind frei geworden. [2120b]

Restauration (Bau-Geschäft), ohne
Konkurrenz, ist sofort
zu verkaufen, da ich zwei Geschäfte
habe. Kaufsint bei Müller, Hohen-
staufenstraße 14, am Winterfeldplatz,
oder Gothenstraße 44, am Bahnhof
Schöneberg. [2218b]

Otto Naether,
Uhrmacher,
Anklamerstr. 44, an der Brunnenstr.
Reparaturen an Uhren jeder Art
solid und preiswerth. [54178]

6. Wahlkreis.
Große öffentliche
sozialdemokrat. Partei-Versammlung
am Sonntag, den 11. März,
in den Germania-Sälen, Chausseestraße Nr. 103.
Tagesordnung:
1. Bericht der Vertrauensleute.
2. Bericht der Revisoren.
3. Wahl der Revisoren.
4. Stellungnahme zum 1. Mai, Verschiedenes. [354/3]

Graphisches Gewerbe.
Sonntag, den 11. März, Vormittags 10 1/2 Uhr,
im großen Saale der Berliner Bock-Brauerei:
Oeffentliche Versammlung
aller im graphischen Gewerbe besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen
(Buchbinder, Buchdrucker, Lithographen, Schriftgießer, Steindruck-
er, Stereotypen-, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen).
Tages-Ordnung:
1. Wie feiern wir den 1. Mai? Referent: Buchdrucker Alb. Massini.
2. Berichterstattung über das graphische Kartell. Referent: Steindrucker
O. Sillier. 3. Diskussion.
In anbetragt der wichtigen Tagesordnung wird um zahlreiches und
pünktliches Erscheinen gebeten. — Zur Deckung der Unkosten findet Teller-
sammlung statt. 283/9
Der Einberufer.

Verein Rhetorik
empfiehlt sich Arbeitervereinen zur Ausführung von lebenden Bildern,
Theaterstücken und Vorträgen gegen Unkostenersatzung. Unter andern:
„Kavachol“ — „An die Hölle gefesselt“ — „O welche Lust,
Soldat zu sein“. Der Verein tagt Mittwochs Abends 9 Uhr im Restaurant
Iris Jabel, Raunigstraße 86. Mitglieder werden aufgenommen.
*) Obiges Stück erzielte trotz der abspredhenden Kritik im „Vorwärts“
in agitatorischer Beziehung Erfolg. [2202b]

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Benth-Strasse 2.
Empfehlenswerthe Schriften
für die
März-Tage.

Agitations-Schriften:
Vorheim, Wodspatrioten, Zur
Erinnerung an die deutschen —
25 Pfg., Porto 5 Pfg.
Chartistebewegung in England.
25 Pfg., Porto 5 Pfg.
Deville, Verschwörung Babus's.
25 Pfg., Porto 5 Pfg.
Kaler, W. Weilling, seine Agitation
und Lehre. 40 Pfg., Porto 5 Pfg.
Kautsky, Klassen-Kegensätze von
1789. 50 Pfg., Porto 5 Pfg.
Lassalle, Afsenrede von 1849
gegen die Anlage, die Bürger zur
Bewaffung gegen die königliche
Gewalt aufgefordert zu haben.
40 Pfg., Porto 5 Pfg.
— Heber Verfassungsverweigerung. — Was
nun? — Macht und Recht.
35 Pfg., Porto 5 Pfg.
— Die französische National-Verk-
fassung von 1848 und andere kleinere
Aufsätze. 15 Pfg., Porto 3 Pfg.
Kommune-General Dombrowski, —
Leben und Taten des — 80 Pfg.,
geb. 1,50 Mk., Porto 10 Pfg.

Historische Schriften:
Gadische Revolution v. 1849. Ruthen-
ische Aufschlüsse über die —
1,50 Mk., Porto 10 Pfg.
Decker, Revolutionäre Pariser
Kommune. 1789-94.
1 Mk., Porto 20 Pfg.
Bibliothek politischer Reden (aus der
französischen und 48er Revolution).
broch. 1 Mk.,
geb. 1,30 Mk., Porto 30 Pfg.
Blas, Französische Revolution.
broch. in 20 Hefen à 20 Pfg.
Prachtbd. 5,50 Mk., Porto 50 Pfg.
— Deutsche Revolution. 1848-49.
broch. in 21 Hefen à 20 Pfg.
Prachtbd. 5,70 Mk., Porto 50 Pfg.
— Großer deutscher Bauernkrieg.
Prachtbd. 6,80 Mk., Porto 50 Pfg.

Gedichte, Romane, Dramatisches:
Büchner, G. Dantons Tod.
40 Pfg., Porto 5 Pfg.
Deutsche Arbeiterdichtung. Gedichte
deutscher Proletarier. 4 Bände:
1. Dajenclever, Frohme und Lepp.
2. Ludorf. 3. Savant. 4. Regel. 5.
H. Echen.
pr. Bb. geb. 1 Mk., Porto à Bb. 10 Pf.
Dickens, Zwei Städte. Roman.
1,20 Mk., Porto 20 Pfg.
Diederich, Winter Sonnenwende.
25 Pfg., Porto 5 Pfg.
Dull, Gedichte. Eleganter Pracht-
band 1,50 Mk., Porto 10 Pfg.
Freiligrath, Gesamm. Dichtungen.
6 Bde. geb. 13.— Mk., Porto 50 Pfg.
— Gedichte. geb. 4,40 Mk., Porto 20 Pf.
Heine's Werke, Volksausgabe.
4 Bde. 6 Mk., Porto 50 Pfg.
— herausgegeben von Bölsche.
6 Bde. 13,50 Mk., Porto 50 Pfg.
Heine, Atta Troll. — Deutschland.
geb. 60 Pfg., Porto 5 Pfg.
Henschell, Buch der Freiheit.
2 Bde. broch. à 1,75 Mk.,
Prachtbd. 5 Mk., Porto 30 Pfg.
Herwegh, Gedichte eines Leben-
digen. 4,40 Mk., Porto 20 Pfg.
— Neue Gedichte. 5 Mk., Porto 30 Pf.
Regel, Lichtstrahlen der Poesie.
3,50 Mk., Porto 20 Pfg.
— Sozialdemokratisches Liederbuch.
40 Pfg., Porto 5 Pfg.
Liedknecht, Josua Davidsohn,
wahrhaftige Lebensgeschichte.
30 Pfg., Porto 10 Pfg.
Scävola, Französische Revolution.
10 Pfg., Porto 3 Pfg.
— 12 Jahre der Verbannung.
10 Pfg., Porto 3 Pfg.
— 12 Lichtdruckbilder in roth. Mappe
mit Text. 1,50 Mk., Porto 30 Pfg.
Bei kleineren Bestellungen bitten wir den Betrag in Briefmarken gleich
beizufügen, bei größeren per Postanweisung einzusenden.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 57.

Freitag, den 9. März 1894.

11. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

66. Sitzung vom 8. März, 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: Hollmann, v. Boetticher, v. Marschall, Graf v. Posadowsky.

Die zweite Beratung des Reichshaushaltsetats für 1894/95 wird fortgesetzt beim Marine-Stat.

Beim ersten Kapitel der Ausgaben: Marine-Kabinet und Ober-Kommando ergreift das Wort der Berichterstatter

Abg. Lieber (Z.): Für die Kommission war das wesentliche Ergebnis der Erörterungen über das Unglück auf dem Schiffe „Brandenburg“, daß Vorkehrungen getroffen werden sollen gegen die Wiederkehr solcher Unglücksfälle und zwar nicht bloß bei den neu zu bauenden Schiffen, sondern auch bezüglich der schon fertigen Bauten. Bezüglich der Fürsorge für die Hinterbliebenen der Verunglückten herrscht zwischen dem Staatssekretär des Reichsmarineamts und des Reichsschatzmeisters, sowie der Kommission Einverständnis darüber, daß in der Unterführung derselben bis an die äußerste Grenze des Zulässigen gegangen werden soll.

Abg. Singer (Soz.): Der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat in der Budgetkommission allerdings nur seine persönlichen Ansichten über den Unglücksfall auf der „Brandenburg“ geäußert, ich habe aber zu viel Respekt vor seiner Sachkenntnis, als daß ich nicht doch denselben einen Werth beilegen müßte. Die Angelegenheit muß hier vor dem Plenum verhandelt werden, allerdings unter Vorbehalt eines endgültigen Urteils bis zum Abschluß der gerichtlichen Untersuchung, weil das Land unser Schweigen hierüber nicht verstehen würde. Der Staatssekretär hat als Grund für das Unglück das Fehlen einer Sicherheitsvorrichtung angegeben. Es entsteht aber die Frage, wen das Verschulden hier trifft. Es werden nach den Mitteilungen des Staatssekretärs auf die Privatwerften beauftragte Baubeamte geschickt, um den Schiffsbau in allen Stadien entsprechend kontrollieren zu können. Keine Zeichnung soll in der Werft angefertigt werden, welche nicht das Visum eines solchen Beamten trägt. Dies ist aber hier der Fall gewesen. Ich habe keinen Zweifel, daß, wenn die Ansicht des Staatssekretärs von der Ursache des Unglücks zutrifft, der „Vulkan“ für alle Folgen juristisch verantwortlich zu machen ist. Auch der Staatssekretär hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß energisch dahin gewirkt werden wird, ihm die Verantwortlichkeit aufzuerlegen. Unbegreiflich bleibt, daß die Zeichnungen dem kontrollierenden Beamten nicht vorgelegt worden ist. Der Staatssekretär teilte mit, daß gleichzeitig mit der „Brandenburg“ drei andere Schiffe der kaiserlichen Marine auf dem „Vulkan“ gebaut wurden, daß nur ein beaufsichtigender Beamter der Werft zur Verfügung gestanden habe und daß dieser eine Beamte nicht in der Lage war, jede notwendige bis ins Detail gehende Kontrolle zu vollziehen; es übersteige das die Kraft eines einzelnen Beamten. Damit war man in der Kommission vollständig einverstanden; das kann auch ein Laie begreifen. Aber daran knüpft sich die Frage, wie kann die Marineverwaltung zugeben, daß eine so wenig genaue Beaufsichtigung stattfindet, und ob nicht ein wesentlicher Teil der Schuld infolgedessen die Marineverwaltung trifft. Deshalb sollte man lieber eine Vermehrung des Aufsichtspersonals als eine Vermehrung der Schiffsbauten vornehmen. Der Staatssekretär hat der Schiffsbauanstalt des „Vulkan“ volle Anerkennung gezollt; ich bin nicht in der Lage, dieses Urteil anzugreifen; aber für die Marineverwaltung, welche die schwere Verantwortung für die Gesundheit der Mannschaften und das nach vielen Millionen zählende Material hat, darf auch das selbstgefälligste Vertrauen auf die Solidität des „Vulkan“ nicht hinreichend sein, um nicht für das erforderliche Personal zur Beaufsichtigung zu sorgen und zwar um so mehr, als auch ein anderer auf dem „Vulkan“ gebautes Schiff, die „Spree“, bei seiner ersten Abreise und auch bei seiner Heimkehr schwere Havarie an den Maschinen gehabt hat. Daher ist sowohl dem „Vulkan“ als auch der Marineverwaltung ein Teil der Schuld zuzuschreiben, und zwar der letzteren um so mehr, als der Staatssekretär selbst mitgeteilt hat, daß zur Revision auf den Privatwerften nicht bloß ein Schiffsbaumeister vorhanden ist, sondern ein ganzer Stab diesem zur Seite steht. Ich möchte bitten, daß der Staatssekretär hier die Erklärung, die er in der Kommission abgegeben hat, wiederholt, daß nämlich für den Fall, daß dem „Vulkan“ irgend ein Verschulden nachgewiesen wird, von der Regierung unanschuldigt vorgegangen werden wird. Hat sich die Marineverwaltung davon überzeugt, ob auf den anderen auf dem „Vulkan“ erbauten Schiffen die notwendigen, hier fehlende Sicherheitsvorrichtungen vorhanden ist? Ich wünsche, daß es der Marineverwaltung gelingen möge, die Wiederkehr solcher Vorkommnisse zu vermeiden und dies kann dadurch geschehen, daß die verfügbaren Kräfte nicht übermäßig angespannt werden. Man sollte lieber mit dem Bau von Schiffen einhalten, als das Leben so vieler deutscher Mitbürger auf das Spiel zu setzen.

Abg. v. Massow (D.): Ein endgültiges Urteil über das beklagenswerte Unglück auf der „Brandenburg“ kann erst gefällt werden, nachdem die technische und gerichtliche Untersuchung zum Abschluß gekommen ist. Meine Partei wird dies abwarten und sich deshalb heute an der weiteren Debatte nicht beteiligen.

Abg. von Kardorff (Sp.): Keine Partei wünscht eine sehr große Vermehrung unserer Flotte. Wir wollen aber unsere Flotte auf dem bisherigen Niveau erhalten, nach Maßgabe des Flotten-Gründungsplanes. Alles was wir jetzt an Panzerschiffen besitzen, dient nur zum Schutze unserer Küste und ist nicht geeignet auf die hohe See, den atlantischen Ozean hinauszugehen. Diese Schiffe müssen wir aber haben, um der russischen Flotte event. in der Ostsee gewachsen zu sein. Von diesem Standpunkte herunterzugehen würde eine schwere Schädigung unserer vaterländischen Interessen sein, und ich hoffe, daß sich dafür niemals eine Majorität in diesem Reichstage finden wird. (Beifall rechts.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts Hollmann: Ich muß aus sehr nahe liegenden Gründen davon absehen, hier dieselben Erklärungen abzugeben, wie in der Kommission. Das Reichsmarineamt hätte, als es Kunde von dem schweren Unfall erhielt, selbstverständlich das vitalste Interesse daran, sofort an Ort und Stelle möglichst festzustellen, welche Ursachen das Unglück herbeigeführt haben, denn die Reichsmarineverwaltung ist sich der großen Verantwortung bewußt, die sie in erster Linie für alle diese Fälle hat, und sie denkt auch gar nicht daran, diese Verantwortung in irgend einer Weise auf irgend jemand abzuwälzen. Ehe das Gericht entschieden hat, läßt sich ein abschließendes Urteil, auch von meiner Seite, nicht fällen. Selbstverständlich hat die Marineverwaltung das allerhöchste Interesse daran, daß sich solche Fälle nicht wieder ereignen, und es sind die Vorkehrungen dagegen getroffen. Ich halte es für meine Pflicht, hier für den Vulkan einzutreten, mit dem hier nicht sehr glimpflich verfahren ist. Bis zur Stunde des Unglücks auf der „Brandenburg“ haben wir nur die besten Erfahrungen mit der Arbeit des „Vulkans“ gemacht. Wir haben auf allen Schiffen niemals Unfälle zu beklagen gehabt, die an fehlerhaften Konstruktionen lagen. Wir haben keine wesentliche

Havarie gehabt. Die Leistungen des „Vulkans“ waren bis dahin für die Marine ausgezeichnet. Wenn jetzt an dem „Vulkan“ ein Makel haften bleibt, so darf ich doch von ihm annehmen, daß er sich auch fernerhin bewähren wird, die besten Arbeiten zu liefern und unter allen Umständen, wenn er Schuld hat, nichts verschämen wird, das zu sühnen und ähnliche Vorfälle zu vermeiden. Die „Spree“ des Norddeutschen Lloyd, die auch vom „Vulkan“ gebaut ist, wurde mit einer so mächtigen Maschine ausgestattet, wie sie bis dahin noch nicht konstruiert war. Sie erlitt einen Unglücksfall an einem Ventil. Der „Vulkan“ theilt mir mit, daß dieses Ventil nicht seiner eigenen Konstruktion entstammte, sondern vom „Lloyd“ ihm anverleitet war. Bei der „Brandenburg“ hat der „Vulkan“ etwas Vorzügliches geleistet, die Leistung geht über das Geforderte hinaus. Mit großer Freude konstatiere ich, daß jedenfalls bei dem Unglück das Personal seine vollste Schuldigkeit getan hat und sein Verhalten über alles Lob erhaben ist. Ich konstatiere auch mit großer Bewunderung, daß das Unglück nicht auf mangelhaftes Material oder lieberliche Arbeit, sondern auf die fehlerhafte Konstruktion zurückzuführen ist. Darin liegt eine gewisse Beruhigung, da an der Stelle, wo man es in Zukunft abwenden kann, vielleicht etwas versehen ist, aber nicht beim Material, wo man nie drinsagen kann und kein Urteil hat.

Fingens (Z.): Bei solchen Dingen muß mit der größten Vorsicht vorgegangen werden, deswegen wollen wir das Ergebnis der Untersuchung abwarten. Für die Katholiken ist noch nicht überall genug gesorgt. Die Post- und Eisenbahnverwaltungen haben manche gute Maßregel getroffen, so daß der dritte oder vierte Sonntag den Arbeitern frei bleibt. Beim Militär aber werden die Soldaten nur jeden vierten Sonntag zur Kirche geführt. Redner verweist ferner darauf, daß die neu eingeführte Mannschaft durch einen Gottesdienst auf die Eidesleistung würdig vorbereitet werden müßte; auch für die bessere religiöse Erziehung der Schiffsjungen müsse Sorge getragen werden.

Staatssekretär Hollmann: Diese feierliche Vorbereitung findet statt. Die Marine-Mannschaften werden, wenn sie am Lande sind, öfter als alle vier Wochen zur Kirche geführt. Bei gutem Wetter werden sie, so oft es geht, von Bord an das Land in die Kirche geschickt. Für die religiöse Erziehung der Schiffsjungen wird dadurch Sorge getragen werden, daß sie hinfort dem katholischen Marinepfarrer in Kiel anvertraut werden; es handelt sich um 65 Schiffsjungen auf 2 Schiffen.

Abg. Müller-Sogon (Sp.): weist darauf hin, daß der Reichsanzeiger ehe noch die Untersuchung abgeschlossen war, schon mit seinem Urteil bei der Hand war; der Artikel hat aber statt zu beruhigen, nur große Beunruhigung hervorgerufen, denn es schien so, als ob die Probefahrten dazu benützt würden, um die Leistungsfähigkeit der Maschinen gleichsam an dem Schiffpersonal zu erproben. Dazu ist uns das Leben jedes Schiffsjungen zu lieb. Der Staatssekretär hat ja auch erklärt, daß alle Theile geprüft werden, daß also die Erklärung des „Reichsanzeiger“ falsch war. Die Thatsache aber ist festzustellen, daß es an dem nötigen Beaufsichtigungspersonal für Schiffsbauten gefehlt hat. Die Mehrheit der Kommission ist zu der Überzeugung gekommen, daß es besser gewesen wäre, man hätte nicht so viel Schiffe zu gleicher Zeit gebaut. Ich will mein Urteil über das Unglück auf der „Brandenburg“ bis zur beendeten Untersuchung zurückstellen, aber ich bitte auch die Konsequenzen zu ziehen, und die Neubauten der Marine so lange zurück zu stellen. (Beifall links.)

Die Budgetkommission hat die Mehrforderungen für Bureau-beamte gestrichen; es werden dadurch im Ganzen über 20 000 M. erspart.

Staatssekretär Hollmann motiviert die Mehrforderung kurz mit der Vermehrung der Geschäfte, namentlich der Admiralstabarbeiten auf Grund der Erfahrungen bei den Mandövern.

Das Haus tritt jedoch dem Kommissionsantrage bei.

Die Kapitel: Reichsmarineamt, Seewarte, Stations-Intendanturen, Rechtspflege und Seelsorge werden ohne Debatte bewilligt. — Beim Kapitel: Geldverpflegung werden 1441 M. abgestrichen.

Beim Kapitel: „Betrieb der Flotte“ sind folgende Abstriche von der Budgetkommission beantragt: 84 520 M. Zulagen, 330 310 M. für Schiffverpflegung, 173 030 M. für Betriebsmaterialien und 5920 M. verschiedene Ausgaben, zusammen 593 780 M.

Abg. Richter (fr. Sp.): Ich habe den Eindruck in der Kommission gehabt, daß das Zentrum in diesem Jahre der Marine gegenüber sich freigeigiger erwiesen hat als es in der Sache und bei der gegenwärtigen Finanzlage gerechtfertigt ist. Ich muß daher im Plenum unseren Antrag aufnehmen, 1 Million mehr abzusehen als die Kommission Ihnen vorschlägt. Im Ganzen betragen die Kosten der Indienststellung in diesem Jahre 2 131 000 M. mehr als nach dem Etat des vorigen Jahres. Wenn wir also 1 500 000 M. absehen, so ist dieser Etat immer noch 631 000 M. besser gestellt, als der des vorigen Jahres. Der Abstrich des vorigen Jahres betrug 600 000 M. Es wird also durch unseren Antrag dasjenige Maß von Indienststellung ermöglicht, das im laufenden Etatsjahre von der Regierung gefordert war. Von einer Erschütterung der Grundlagen der Indienststellung kann mithin keine Rede sein. Allerdings ist eine planmäßige Vermehrung des Personals vorgesehen, der Kommissionsantrag aber greift gewissermaßen der Personal-Vermehrung nach vor. Im neuen Jahr soll die südbanarische Station etwa mäßig mit einem Schiff des Kreuzergeschwaders besetzt werden. Das ist nicht nötig. Ferner ist es möglich, die ostanranische Station mit einem statt mit zwei Schiffen zu besetzen, da, nachdem der Sultan von Zanzibar seine Souveränität eingekippt hat, der Grund dafür fortgefallen ist. In diesem Jahre sollen zum ersten Mal der Panzerflotte auch zwei Kreuzer beigegeben werden durch Indienststellung während des ganzen Jahres. Warum soll schon in diesem Jahre damit begonnen werden? Wenn zu einer außerordentlichen Uebung mit einer Besatzung aus dem Beurlaubtenstande mehrere Panzerschiffe für zwei Monate in Dienst gestellt werden müssen, so muß dafür die normale Indienststellung beschränkt werden. Die Kaiserliche „Hohenollern“ braucht nicht das ganze Jahr hindurch in Dienst gestellt zu sein, was täglich 1000 M. kostet; würde deren Indienststellung auf vier Monate beschränkt, so würden 240 000 M. erspart werden. Auch nach dem Abstrich werden immer noch 600 000 M. mehr für Indienststellung bewilligt als im Vorjahre. Das Ordinarium der Marine ist in den letzten vier Jahren von 41 auf 51 Millionen gewachsen. Bei so erheblicher Steigerung haben wir alle Ursache zu sparen und wollen deshalb nicht nur 500 000, sondern 1 500 000 Mark abstreichen.

Abg. Wachen (Z.) verwahrt das Zentrum gegen den Vorwurf, daß es zu freigebig gewesen wäre. Es habe im Ordinarium erheblich abgestrichen und im Extra-Ordinarium über 8 Millionen abgestrichen. Weitere Ersparnisse wären sehr angenehm, wenn sie ohne Schädigung des Dienstes möglich wären. Aber bei härteren Abstrichen würde namentlich der auswärtige Dienst und die Ausbildung leiden.

Abg. Richter (Freis. Sp.): Die Abstriche im Extra-Ordinarium bedeuten nicht viel; es ist nur gestrichen, was an weiteren Raten nicht in diesem, sondern erst im nächsten Jahre zahlbar wird. Dagegen sind für Neubauten die ersten Raten bewilligt und damit die Verpflichtung zur Bewilligung von 99 Millionen Mark übernommen worden.

Dagegen müßte man in erster Linie vorgehen. Die Beschränkung der Indienststellung läßt sich durchführen, ohne an dem eigentlichen Grundplan der Indienststellung selbst zu rütteln.

Staatssekretär Hollmann: Die Abstriche bringen die Reichsmarineverwaltung in große Verlegenheit, wo sie sparen soll. Denn der Plan ist sparsam aufgestellt worden, sowohl für das Kreuzergeschwader, als für die einzelnen Stationen des auswärtigen Dienstes und für die Schulschiffe und die Torpedobootsflotte.

Gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Sozialdemokraten und der süddeutschen Volkspartei wird der Antrag Richter abgelehnt und der Antrag der Kommission angenommen.

Beim Kapitel „Naturalverpflegung“ wird infolge der Abstriche beim vorigen Kapitel für die Verpflegung der Mannschaften am Lande ein Betrag von 51 050 M. mehr angesetzt.

Die Kapitel „Verleumdung“, „Garnisonverwaltungs-“ und „Servituten“, „Wohnungsgeld-Zuschuß“, „Sanitätswesen“, „Reise-, Marsch- und Frachtkosten“ und „Bildungswesen“ werden ohne Debatte genehmigt.

Beim Kapitel „Instandhaltung der Flotte und der Werftanlagen“ empfiehlt

Abg. Kruse (nl.) für die Werftbeamten die Einführung der Dienst-Alterszulagen, namentlich für die Werftmeister; ferner bittet er die Werftsekretäre den Intendantursekretären gleich zu stellen.

Staatssekretär Hollmann giebt eine eingehende Darlegung der Verhältnisse der verschiedenen Kategorien von Beamten auf den Werften, wie der Intendantursekretäre, Werftsekretäre, Konstruktionszeichner, Werftleute, Werkführer und Werkmeister. Teilweise sei das Durchschnittsgehalt verschiedener Kategorien in den letzten Jahren schon um 200 M. erhöht worden; im allgemeinen erreichten die Beamten das Höchstgehalt in der Mitte der fünfziger Jahre und hätten keinen Grund zur Klage. Allerdings wolle man gern auf ihre Wünsche Rücksicht nehmen, sei aber bisher beim Finanzressort damit noch nicht durchgedrungen. Bei der allgemeinen Einkommensverbesserung der Beamten würden auch die Wünsche der Werftbeamten erfüllt werden können.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso ohne Debatte die Kapitel „Waffenwesen“ und „Befestigungen“.

Beim Kapitel „Torpedo-Werft“ ergreift das Wort

Abg. Legien (Soz.): Auf der Torpedowerft in Friedrichs-ort ist der Arbeiterausschuß in seinem selbstverständlichen Recht der freien Meinungsäußerung von dem dortigen Direktor beschränkt und mit fortwährenden Drangsalierungen verfolgt. Dort besteht auch eine Kantine, welche zuwider den Erklärungen des Staatssekretärs, daß derartige Anstalten nicht zur Erzielung von Gewinn benutzt werden sollen, dazu verwendet wird, um Ueberschiffe heraus zu schlagen, von welchen dann auf Kosten der Arbeiter Wohlfahrts-Einrichtungen geschaffen werden. Zu diesen sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen müssen auch der Konsumverein und die Zwangs-Sparcassen gerechnet werden: Die unumgängliche Kinder werden die Arbeiter hierbei behandelt. Je mehr sich das Bestreben ausbildet, den Fabrikeinrichtungen eine mehr konstitutionelle Form zu geben, desto schärfer zeigt sich das Bestreben des Unternehmertums, die Kosten der Wohlfahrts-Einrichtungen auf die Arbeiter abzuwälzen. Redner fährt dann noch einige besonders eskalante Fälle von Drangsalierungen der Arbeiter durch den Direktor der Torpedo-Werft an und bittet den Staatssekretär, Abhilfe zu schaffen.

Staatssekretär Hollmann: Wenn irgendein Staatsbetrieb, so ist gerade die Torpedowerft eine Musteranstalt, wo sehr viel für die Arbeiter geschieht durch allerlei Wohlfahrts-Einrichtungen.

Die übrigen Ausgaben des Ordinariums werden ohne Debatte bewilligt.

Von den einmaligen Ausgaben hat die Kommission gestrichen 2 Millionen Mark von den Ausgaben zur artilleristischen Ausrüstung von 4 Panzerschiffen, 400 000 M. von den Ausgaben für Beschaffung von Geschützen für die Befestigungen der unteren Elbe und 666 600 M. Zuschuß zu den einmaligen Ausgaben. (Anleihe.) Ferner sind gestrichen 1 000 000 M. zum Bau eines großen Trockendocks bei der Werft zu Kiel.

Die Abstimmung über die drei Titel: Panzerschiff „Graf Preußen“ und Kreuzer „Graf Leipzig“ je 1 000 000 M. und Aviso „Graf Falke“ 1 200 000 M., wird auf Antrag der Abg. Richter und Genossen ausgefällt.

Schluß gegen 6 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der Etatsberatung, Vorlage betreffend Aufhebung des Identitätsnachweises.

Herrenhaus.

7. Sitzung vom 8. März 1894. 1 Uhr.

Am Ministertische: Graf zu Eulenburg, v. Schelling und Kommissarien.

Neu berufen sind in das Haus Ober-Bürgermeister Hofmann-Königsberg und Prof. Förster-Breslau.

Zur einmaligen Schlussberatung steht der Gesetzentwurf, betr. die Haltung des Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Helgoland, welcher nach Empfehlung durch den Prof. Dernburg angenommen wird.

In einmaliger Schlussberatung wird nach dem Bericht des Grafen Königsmark der Rechenschaftsbericht über die Konsolidation preussischer Staatsanleihen durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt.

Der Gesetzentwurf betreffend den Handel mit Antikalien und Abschnitten von Loosen zu Privatlotterien und Auspielungen wird auf Antrag der Justizkommission (Berichterstatter Professor Dambach) genehmigt.

Ueber die Petition des Rentier G. Baumgart in Hannover und Genossen um Abänderung der hannoverschen Städte-Ordnung will die Kommission für kommunale Angelegenheiten zur Tagesordnung übergehen. Das Haus beschließt nach dem Antrage der Kommission.

Der Bericht der Kommission für Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten über die Nachrichten von der Verwaltung der Preussischen Staats-Bergwerke, -Hütten und -Salinen während des Etatsjahres 1892/93 wird durch Kenntnisaufnahme erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Der Präsident hatte ursprünglich die Absicht, die Novelle zum Gesetz über die Kirchenverfassung und Synodalordnung auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Da aber die Kommission schriftlichen Bericht beschloffen hat, so behält er sich vor, die Vorlage am nächsten Donnerstag zur Beratung zu stellen, da es erwünscht sei, sie noch vor Pfingsten an das Abgeordnetenhaus gelangen zu lassen.

Schluß 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Gesetzentwurf betr. das Pfandrecht an Privatbahnen und Kleinbahnen; Berichte.)

Abgeordnetenhaus.

81. Sitzung vom 8. März 1894. 11 Uhr.

Am Regierungstische: Boffe und Kommissarien.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Kapitel Universitäten, bei demselben bringt

Abg. Graf Goedsbroeck (Z.) die bekannten Vorgänge an der Bonner Universität bei Gelegenheit der letzten Geburtstags-

feier des Kaisers zur Sprache. Nachdem die katholischen Korporationen es abgelehnt hatten, sich an einen Kommerz zu beteiligen, in welchem ein Toast auf den Fürsten Bismarck ausgebracht wurde. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen) wandten sie sich an den Rektor mit der Bitte, einen eigenen Kommerz abhalten zu dürfen. Der Rektor ertheilte zwar die Erlaubnis dazu, aber er erklärte dem betreffenden Vertreter der katholischen Studenten: Sie stören durch Ihre Existenz den konfessionellen Frieden. Sie provozieren durch Ihre Existenz. Sie sind nicht existenzberechtigt. Ein solches Vorgehen muß die akademische Freiheit und zugleich auch das richtige Verhältnis zwischen Lehrern und Hörenden gefährden. Der Rektor war zu jenem Urtheil weder sachlich noch formell berechtigt. An Herrn Camphausen scheinen die Ereignisse der letzten 20 Jahre spurlos vorübergegangen zu sein. Ich hoffe, daß der Minister diesen Standpunkt nicht theilt und dafür sorgen wird, daß die katholischen Korporationen gerade so behandelt werden wie die übrigen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Ogem (nl.): Ich kann die Anrede des Rektors der Bonner Universität an die katholischen Korporationen nur in vollem Maße billigen. Der Minister sollte gegen alle konfessionellen studentischen Verbindungen vorgehen, es wird durch dieselben nur der konfessionelle Frieden gestört. Feindseligkeit soll es von den katholischen Studenten sein, daß sie nicht an einem Kommerz Theil nehmen wollen, an welchem ein Zeugnisspruch auf den Mitbegründer des Deutschen Reiches ausgebracht werden sollte! Und solche Studenten sollen später unsere Verwaltungsbearbeiter werden! Das wäre eine schöne Parität! Noch einmal: ich billige das Vorgehen des Rektors vollkommen. (Beifall links; Fischen im Centrum.)

Abg. Porsch (3.): Hätten die katholischen Studenten die Bedeutung des diesjährigen Kaisers Geburtstages in Rücksicht auf den Fürsten Bismarck vorausgesehen, so hätten sie sich gern an dem Kommerz beteiligt. Aber erfahrungsmäßig werden die Bismarck- und Sedan-Kommerse benutzt, um die Gefühle der Katholiken aufs tiefste zu verletzen, und deshalb war es in der That feindselig, daß die katholischen Studenten eine Theilnahme ablehnten. Wir halten die katholischen Studentenkorporationen im Gegensatz zu Herrn Ogem und dem Professor Camphausen nicht nur für existenzberechtigt, sondern für existenznothwendig. Konfessionelle Streitigkeiten sollen diese Korporationen nicht befördern, sondern den Glauben ihrer Mitglieder stärken. Ich habe auch von konfessionellen Streitigkeiten an den Universitäten nichts bemerkt, auch an solchen, die vornehmlich von evangelischen Studenten frequentirt werden. Wir müssen gegen die Beleidigung der katholischen Studenten durch den Rektor Camphausen entschieden protestiren. (Beifall im Centrum.)

Nach längerer weiterer Debatte über diesen Gegenstand ergreift das Wort

Minister Witte: Die Darstellung des Thatbestandes durch den Grafen Hönssbrück ist vollständig richtig, bis zu dem Augenblick, wo die Unterredung mit dem Rektor stattfand. (Stürmische Heiterkeit.) Im Ganzen und Großen auch einschließlich dieser Unterredung. Nach dem an mich erstatteten Berichte des Rektors (den den Minister verliest) hat er den Herren erklärt: Ich weiß nicht, worauf Sie Ihre Existenzberechtigung gründen wollen: gegen katholisch-theologische Vereine habe ich nichts, wenn aber Mediziner und Juristen sich zusammenschließen, um die Interessen der katholischen Kirche zu wahren, so kann ich eine Berechtigung dafür nicht erkennen; ich würde Ihnen — ich weiß ja, daß Sie das nicht thun werden — sogar rathen, sich aufzulösen. Erst 14 Tage später sind sie nochmals bei ihm erschienen und überreichten ihm einen Protest, in welchem sie gegen die Beleidigung protestirten (hört! hört!). Der Rektor erklärte, er habe sie nicht beleidigt und nicht beleidigen wollen. Damit war die Sache erledigt, nur die Presse fuhr fort, sich des Falles anzunehmen: ein Blatt verlangte sogar die Absetzung des Rektors. Die Sache hat ihre ernste Bedeutung. Die legale Existenzberechtigung der Korporation ist ganz außer Zweifel, die hat auch der Rektor ihnen nicht absprechen wollen. Er hat die innere Berechtigung, die Zweckmäßigkeit, die Einwirkung derartiger Verbindungen auf das konfessionelle und akademische Leben in Zweifel gezogen. Ueber diese Frage sind die Ansichten sehr verschieden. Daß die Verbindung der konfessionellen Frieden gestört hätte, hat der Rektor nicht gesagt, sondern nur die Möglichkeit der Gefährdung desselben der Deputation vor Augen geführt. Thatfachen, aus denen sich ergebe, die katholischen Verbindungen hätten diesen Frieden gefährdet, sind nicht zu meiner Kenntnis gekommen. Ich erkläre, daß ich es für besser gehalten hätte, der Rektor hätte sich enthalten auf diese Frage einzugehen namentlich in der heutigen Zeit. Daß aber die Aeußerung in der freundlichsten, dem Verlehen von Kommissionen zu Kommissionen entsprechenden Weise gethan worden ist, steht fest. Die Studenten selbst sind dem Rektor mit einem Freimuth begegnet, der ein hohes Vertrauen in die wohlwollende Haltung des Rektors voraussetzt; es heißt in dieser Anrede: Ob Magnifizenz Einsicht in unsere Berechtigung hat, ist uns ziemlich gleichgültig. (Hört! hört! und Bewegung.) Da scheint mir denn doch eine Art Kompensation eingetreten zu sein. Ich halte damit die Sache für abgethan.

Nach einer großen Zahl weiterer Reden über diesen Gegenstand schließt die Diskussion.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird der Ausschuss für die Universität Bonn bewilligt.

Gleichen werden die Zuschüsse für die Akademie zu Münster und das Gymnasium in Braunsberg bewilligt, auch folgende Resolution angenommen: Die Regierung aufzufordern, in Erwägung zu nehmen, ob nicht in Zukunft von der Anstellung von Universitätskuratoren im Hauptamt abgesehen werden könne.

Der Antrag der Polen, den Fonds von 100 000 M. für Stipendien für Studierende behufs späterer Verwendung derselben in Westpreußen, Posen und Oppeln als besonderen Titel zu reichen, wird nach kurzer Besprechung durch den Abg. von Jagzewski vom Hause abgelehnt.

Damit ist das Kapitel „Universitäten“ erledigt.

In Kap. 120 sind an laufenden Ausgaben für die höheren Lehranstalten 8 154 841 M., 290 116 M. mehr als im Vorjahre angeworfen. Die Vermehrung der Staatszuschüsse ist in sehr zahlreichen Fällen durch einen Rückgang der Schülerfrequenz veranlaßt.

Abg. Wetekamp (fr. Vg.): Mit den neuen Lehrplänen ist den Lehrern eine ganz erhebliche Mehrbelastung aufgebürdet worden; für die Ober- und ordentlichen Lehrer hat man die frühere Normalzahl der Pflichtstunden zur Normalzahl gemacht. Diese Ueberbürdung muß Lehrer und Schüler gleichmäßig schädigen. Die Ersparnis, die auf diese Weise gemacht wird, muß später in schmerzlicher Weise bei der Erhöhung der Pensionssumme wieder aufgewogen werden. Mit der Mehrbelastung geht bei manchen Lehrerkategorien sogar eine Verminderung der Bezüge Hand in Hand. Grund zur Unzufriedenheit ist also einigermaßen vorhanden. Ich bitte den Minister, den Erlaß betreffend die Maximalpflichtstundenzahl rückgängig zu machen und die Frage der Maximalschülerzahl im Sinne der Vorschläge der Deputationskonferenz zu regeln. Ferner spricht sich Redner gegen den zu häufigen Wechsel der Klassenlehrer aus und vernirrt das System, welches den Lehrer eine längere Reihe von Jahren in einer und derselben Klasse thut. Der Minister möge in dieser Hinsicht Wandel schaffen und die Lehrer mit ihren Klassen wenigstens bis zu einem gewissen Punkte austrücken lassen. Auch muß den Lehrern ein gewisses Recht zugestanden werden, innerhalb ihrer Hauptfächer auch wirklich Unterricht zu ertheilen. Auf die Schulreformfrage eingehend, bemerkt Redner, daß die Entwicklung des höheren Schulwesens auf weitere Zurückdrängung der alten Sprachen hinarbeitet. Die bisherigen Vorschläge hätten sehr gut gewirkt, genügt aber nicht. Frankfurt a. M. habe den dankenswerthen Versuch unternommen, auf gemeinsamem lateinischen Unterbau Realschule und Gymnasium aufzubauen; derartige Versuche sollten auch an staatlichen Anstalten gemacht werden, möglichst an einer in jeder Provinz.

Geheimrath Stauder: Die Pflichtstundenzahl ist durch die neuesten Ministerialerlasse keineswegs zu ungunsten der Lehrer verändert worden. Die Möglichkeit der Heranziehung der Lehrer zur Höchstzahl brauchen wir, um den Etat der Anstalt anzustellen; im Einzelnen wird aber auf die persönlichen Verhältnisse der Lehrer so große Rücksicht genommen, daß man eher von einer Entlastung sprechen kann.

Abg. Kropatschek: Berechtigt ist die Beschwerde über die Lage der Hilfslehrer. Ihre Misere wird nach meiner Meinung durch den Normaletat insofern noch gesteigert, als dieser das Niederangebot fortbauern lassen und die Möglichkeit des Avancements fortbauern beschränken wird. Auch das Mißverhältnis bezüglich der Pflichtstunden wirkt hier verschlimmernd ein.

Abg. Rath Stauder: Wir beklagen den Mißstand des Zwangs zur akademischen Lehrtätigkeit auch, können aber daran nichts ändern. Noch heute sind Hilfslehrer aus 1888, ja aus 1885 ohne jede Remuneration. Doch haben wir ja auch in anderen Branchen eine solche Wartezettel.

Abg. v. Schenkendorf (natl.): Die Fachschulbildung muß neben diesen Reformschulen und im Anschluß an dieselben viel mehr gepflegt werden, und gerade hierauf hätte der Minister ein besonderes Augenmerk zu richten.

Minister Witte: Die höheren Fachschulen so auszubilden, daß sie an unsere höheren Lehranstalten angegliedert werden können, wäre wohl eher Sache des Handelsministers.

Abg. Seyffardt-Ragdeburg (natl.): Die Lage der Hilfslehrer ist eine besonders traurige. Der Normaletat ist eingeführt, um endlich einmal die Ersparnisse an Lehrergehältern bei den Kommunen zu beseitigen; was geschieht jetzt? An dem Titel zur Durchführung des Normaletats sind nicht weniger als 200 000 M. zu gunsten der allgemeinen Staatsfonds als nicht erforderlich abgesetzt. Gleichzeitig hat man die ganzen 80 000 M., die im vorigen Etat zur Umwandlung von Hilfslehrerstellen in etatsmäßige Oberlehrerstellen ausgeworfen waren, auf ganze 800 Mark reduziert!

Abg. Finanzrath Gernar befreit die Ausführungen des Vorredners bezüglich der Zwecke des Normaltarifs.

Abg. Graf (Eberfeld) kommt nochmals auf die Frage der Pflichtstunden zurück. Der betr. Erlaß stehe mit den Forderungen der Schulkonferenz durchaus im Widerspruch. Nach den neuen Lehrplänen bedürfte der Lehrer viel gründlicherer Vorbereitung als vordem. Nach dem Erlaß würden event. 4—500 Hilfslehrer brotlos, und das sei ein äußerst beklagenswerther Mißstand.

Abg. Dr. v. Jagzewski befragt eine Scheidung der deutsch und der polnisch redenden Schüler auf den Gymnasien der Provinz Posen und verlangt, daß die polnische Literatur auch den polnischen Schülern zugänglich gemacht werde. Die polnischen Lehrer, die noch in anderen Provinzen thätig seien, sollten nach Posen zurückberufen werden.

Minister Witte: Die Vorwürfe wegen des polnischen Sprachunterrichts an den höheren Lehranstalten sind doch nicht begründet. Es ist ein salutarer polnischer Unterricht von 16 bis 18 Stunden wöchentlich, der allerdings weniger an die Literatur anknüpft, sondern den praktischen Zweck verfolgt, gut polnisch sprechen zu lernen. Wir haben zu viel unbefordete Hilfslehrer; um durchschlagend zu helfen, dazu reichen unsere Mittel nicht aus. Der große Andrang früherer Jahre hat diesen Mißstand erzeugt. Im letzten Jahre hat aber schon eine gewisse Besserung sich bemerkbar gemacht. Ein bis zwei Hilfslehrer werden an jeder Anstalt wohl immer beschäftigt werden.

Die weitere Verhandlung wird um 4 1/2 Uhr auf Freitag 11 Uhr vertagt. Der Präsident theilt mit, daß er, wenn die Etatsberatung nicht rascher voranschreite, von morgen ab die Zufälligkeit von Abendkassen vorschlagen wird.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 8. März Nachmittags 5 Uhr.

Die Tribüne für das Publikum ist überfüllt. Die Vorlage betreffend den Verkauf verschiedener Parzellen behufs besserer Begrenzung der Riesfelder wird ohne Debatte angenommen.

Die Vorlage betreffend den Ankauf eines Grundstücks zu Gemeindefchulzwecken an der Siemensstraße, östlich der Emdenerstraße ist vom Ausschuss mit der Modifikation angenommen worden, daß ein aufstehendes Restgrundstück von der Grundrenten-Gesellschaft mit erworben werden soll. Gleichzeitig soll der Magistrat ersucht werden, sich das für eine weitere, westlich der Weuffelstraße noch zu errichtende Gemeindefchule notwendige Terrain rechtzeitig zu sichern.

Ohne Debatte beschließt die Versammlung nach dem Ausschussantrage:

Der wegen Regulierung der Gehälter der städtischen Beamten und Lehrer nach dem System der Dienstalterszulagen niedergesetzte Ausschuss hat von den zahlreichen Abänderungsanträgen die nachfolgenden angenommen:

Bei den Lehrern der Gemeindefschulen: Das Gehalt besteht aus freier Dienstwohnung oder 800 M. Miethschädigung und Gewährung von freiem Brennmaterial im Werthe von 90 M. Außerdem in baarem Gehalt 1. Stufe bis zur 6jährigen Dienstzeit 3400 M., 2. Stufe bis zur 12jährigen Dienstzeit 3800 M., 3. Stufe nach 12jähriger Dienstzeit 4200 M. Die freie Dienstwohnung respective die Miethschädigung wird im Werthe von 800 M. bei der Pensionierung dem Gehalte als pensionsfähig hinzugerechnet.

Bei den Lehrern an den Gemeindefschulen (mit Ausschluß der Hilfslehrer) und Lehrer am Waisenhaus. 1. Das Maximalgehalt der Lehrer an den städtischen Gemeindefschulen wird auf 4000 M. festgesetzt; 2. als Anfangsgehalt gilt ein Gehalt von 1200 M.; dasselbe wird erhöht nach zwei Jahren auf 1600 M., nach 4 Jahren auf 1900 M., nach 7 Jahren auf 2200 M., nach 10 Jahren auf 2500 M., nach 13 Jahren auf 2800 M., nach 16 Jahren auf 3100 M., nach 19 Jahren auf 3400 M., nach 22 Jahren auf 3800 M., nach 25 Jahren auf 4000 M., nach 28 Jahren auf 4000 M.; 3. der Anfangstermin wird berechnet vom Tage der bestandenen ersten Prüfung; in Anrechnung kommt bis im hiesigen und auswärtigen öffentlichen Schuldienst oder im Berliner Privatschuldienst zugebrachte Dienstzeit. 4. Lehrer, welche die zweite Prüfung noch nicht bestanden haben, können in die Gehaltsstufen von 1600 M. ab nicht eintreten.

Die Lehrerinnen sollen als Anfangsgehalt 1200 und alle 2 Jahre 200 M. Zulage bis zum Höchstgehalt von 2200 M. erhalten.

Die Oberlehrer an den Gymnasien, Realschulen, Ober-Realschulen und Realschulen erhalten die ihnen durch das Gesetz vom 25. Juli 1892 zugewiesenen Beträge und außerdem jeder eine pensionsberechtigende Ortszulage von jährlich 200 M. Die auswärtige Dienstzeit wird dem Staatsgesetz gemäß voll in Anrechnung gebracht.

Die an den höheren Mädchenschulen angeestellten akademisch gebildeten Lehrer werden im Gehaltsbezug gleichgestellt mit den Oberlehrern der Realschulen, die mit ihnen im gleichen Dienstalter sind; für die Lehrerinnen Anfangsgehalt 1800 M., Höchstgehalt 2400 M., zu erreichen nach 18 Dienstjahren in 8 Stufen von je 3 Jahren zu je 100 M.

Im übrigen hat der Ausschuss die Magistratsvorlage unverändert angenommen.

Der Mehrbedarf gegen die bisherigen Normen beziffert sich auf 1 284 897 M., wovon 18 440 M. auf die Rektoren, 851 820 M. auf die Lehrer, 385 137 M. auf die Lehrerinnen entfallen.

Im ganzen sind nach dem neuen System pro 1894/95

14 102 300 M. an Gehältern erforderlich. Außerdem hat der Ausschuss folgende Resolution vorgebracht:

Gleichzeitig ersucht die Versammlung den Magistrat, in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfiehlt, zur Herabminderung der beständig wachsenden Kosten für die Gemeindefschulen auf eine Vermehrung der Stellen für Lehrerinnen hinzuwirken.

Stadt. Kreitzing beantragt folgende Abänderungen: 1. Lehrer an den Gemeindefschulen (mit Ausschluß der Hilfslehrer) und Lehrer am Waisenhaus. Anfangsgehalt 1600 M., Höchstgehalt 4000 M. Zu erreichen vom Tage der Anstellung in einer ordentlichen Lehrerstelle nach 27 Dienstjahren in neun Stufen von je drei Dienstjahren, und zwar in den ersten sechs Stufen von je 200 M., in den letzten drei Stufen von je 300 M. 2. Die Dienstzeit an auswärtigen Schulen und an hiesigen Privatschulen wird zur Hälfte angerechnet. Als Anfangstermin für die auswärtigen Schulen gilt der Tag der definitiven Anstellung. 3. Lehrerinnen an den Gemeindefschulen: Anfangsgehalt 1200 M., Höchstgehalt 2200 M. Zu erreichen vom Tage der Anstellung ab nach fünfzehn Dienstjahren in fünf Stufen von je 3 Jahren zu je 200 M.

In der vorstehenden Resolution will Stadt. Schwabe die gewipert gedruckten Worte gestrichen wissen.

Vom Stadt. Singer wird beantragt, das Anfangsgehalt für die Kommunalschullehrerinnen auf 1400 M. festzusetzen.

Nach den an die Spitze der Vorlage gestellten allgemeinen Bestimmungen soll die Anstellung der Bureau- und Unterbeamten vom ersten Tage des Kalenderquartals erfolgen, der auf das Datum der Zustimmung der Versammlung folgt, desgleichen die Bewilligung der Alterszulagen. Im übrigen gilt zur Befriedigung der Alterszulagen als Voraussetzung für die Bewilligung der Zulagen. Den Beamten und Lehrern soll ein Rechtsanspruch auf Bewilligung eines bestimmten Dienstlohnens nicht zustehen.

Diese „allgemeinen Bestimmungen“ werden nicht beanstandet.

Die Vorschläge der Vorlage betreffend die Ober-Stadtssekretäre, Sekretäre, Bureau-Assistenten, Steuerrechner, Rathswaagemeister, Grundstückaufseher, Stadtsgeranten, Magistratsdiener und Arbeitshausaufseher werden ohne Debatte genehmigt.

Die Rektoren sollten nach der Vorlage ein Anfangsgehalt von 3300, ein Höchstgehalt von 4100 M. (in 2 Stufen von je 400 M.) erhalten. Der Ausschuss will 3 Stufen von 3400, 3800, 4200 M., dazu freie Dienstwohnung oder Miethschädigung von 800 M., freies Brennmaterial im Werthe von 90 M. Die Rektoren petitioniren um Gleichstellung mit den sogenannten ermittelten Sekretären, den jetzt sog. Oberstadtssekretären, welche 5100—6000 M. erhalten, wenigstens aber für eine Steigerung von 3500—4500 M.

Stadt. Dentig befürwortet letzteren Antrag.

Der Ausschussantrag wird angenommen.

Für die Lehrer hatte die Vorlage ein Anfangsgehalt von 1600, ein Höchstgehalt von 3700 M. vorgebracht, welches in 27 Jahren zu erreichen war. Der Ausschuss hat (s. o.) das Anfangsgehalt herab, das Maximalgehalt heraufgesetzt. Stadt. Cassel referirt über die eingegangenen Petitionen. In Berücksichtigung des darin enthaltenen Materials hat der Ausschuss namentlich beschlossen, die im hiesigen und auswärtigen öffentlichen oder Berliner Privatschuldienst zugebrachte Dienstzeit voll anzurechnen; die Anrechnung von nur der Hälfte der Dienstzeit wurde abgelehnt. Da der Anfangstermin vom Tage der bestandenen ersten Prüfung berechnet werden soll, wird das Anfangsgehalt fiktio auf 1200 M. herabgesetzt. Nach Mitteilung der Regierung würde die Genehmigung des Etats nicht erfolgen, wenn nicht die auswärtige Dienstzeit voll angerechnet wird; der Ausschuss habe diese Forderung des Ministers als berechtigt anerkennen müssen. Aus diesem Grunde sei auch der Antrag Kreitzing abzulehnen.

Stadt. Kreitzing: Mein Antrag hat vornehmlich einen taktischen Zweck. Für den Ausschussantrag können wir nur dann stimmen, wenn der Magistrat erklärt, auf den Ausschussantrag einzugehen, denn derselbe erfordert 112 000 Mark mehr, als die von dem Rämmerer und dem Schulrath so sehr belämpfte Lehrerpetition.

Stadt. Borgmann: Wir stimmen für den Ausschussantrag. Das Vorkommen um die Günst der Lehrerschaft brauchen wir nicht mitzumachen. (Na, na! Heiterkeit.) In dieser Beziehung sind wir Ihnen längst um eine Reihenlänge voraus. (Große Heiterkeit.) Der Antrag Kreitzing bezieht sich auf einen unangenehmen Weg. Wir müssen die auswärtige Dienstzeit voll anrechnen. Wenn auch den fetten Jahren magere gefolgt sind, so müssen doch hier endlich Verpflichtungen erfüllt werden, die der Stadt seit langem obliegen. Mit der schlechten Finanzlage soll man nicht kommen; man hätte schon vor zwei Jahren, statt die Einkommensteuer auf 70 pCt. herabzusetzen, die Mittel hierfür sehr bequem haben können.

Stadtschulrath Vertram: Im Ausschussantrag handelt es sich rechnerisch um eine Erhöhung des Durchschnittsgehalts um 400 M. Die Beständigkeit der Stimmung für diese Erhöhung im Ausschuss ist dem Magistrat ebenso unerwartet gewesen, wie die Forderung der Anrechnung der gesammelten auswärtigen Dienstzeit. Kommt es darauf an, die Lage der Lehrer zu verbessern, so ist nicht gerade dieser Weg der geeignetste. Der Ausschuss will u. a. dem Volksschullehrer auch die Zeit anrechnen, die er gar nicht im Volksschuldienste zugebracht hat. Der Antrag Kreitzing ist ganz unzumuthbar; mit ihm wäre gar nichts zu erreichen. Man darf aber aus Begeisterung für das Volksschulwesen Berlin nicht über das Mögliche hinausgehen. Die Vorschläge des Ausschusses stellen sehr hochgestellte Forderungen an die städtischen Finanzen; wenn 6—7 pCt. Einkommensteuer mehr erhoben werden sollen, dürfte der Rückschlag nicht ausbleiben.

Nachdem Stadt. Schwabe den Ausschussantrag empfohlen, regt Stadt. Dentig an, daß der Zwang für viele Lehrer, auswärts zu wohnen, durch geeignete Maßregeln beseitigt werden möge, und protestirt gegen die Aeußerung des Stadt. Borgmann, daß die Lehrerschaft schon sehr stark sozialdemokratisch sei. (Unruhe und Widerspruch; Rufe: Ist gar nicht gesagt worden!) Ein Lehrer könne nur dann gedehlich wirken, wenn er von religiösem Geiste erfüllt und national gefonnen sei, die Parteilichkeit sei schließlich, welche sie wolle.

In namentlicher Abstimmung werden die Ausschussanträge mit 101 gegen 5 Stimmen angenommen.

Für die Lehrerinnen soll das Höchstgehalt von 2200 M. nach dem Ausschussantrag nach 10 Jahren erreicht werden; nach dem Antrag Singer würde es nach 8 Jahren erreicht werden.

Stadt. Gerstenberg will das Anfangsgehalt auf 1350 M., das Maximalgehalt auf 2100 M. festsetzen, die nach 13 Jahren erreicht werden, und befürwortet diese Vorschläge als einen annehmbaren Mittelweg. 112 1/2 M. monatlich seien für eine Lehrerin, die wohnen, essen und sich kleiden müsse, noch sehr wenig.

Stadtschulrath Vertram widerspricht den gestellten Anträgen und dem Ausschussantrag. Ein Zeitraum von 10 Jahren sei auch noch viel zu kurz.

Stadt. Borgmann: Die Gründe für unsern Antrag bedarf ich genau mit denen des Stadt. Gerstenberg. Die Lehrerinnen müssen ein höheres Anfangsgehalt haben, weil sie später zur Anstellung gelangen. Das Maximum wollen wir aber deshalb nicht beschränken, um die Pensionverhältnisse der Lehrerinnen nicht ganz erheblich zu verschlechtern. Wir treten hier auch nicht etwa aus politischen Gründen für die Lehrerinnen ein; was ich in der Beziehung vorhin ausführte, hat Herr Dentig ganz falsch verstanden. Was die Politik betrifft, so wünsche ich Herrn Dentig noch ein recht langes Leben, damit er von der Krankheit, an der er jetzt leidet, noch geneset.

Stadt. Kreitzing bemerkt, daß der Ausschussvorschlag

mit dem 10jährigen Turnus auf einem Zufall beruhe und bittet um Annahme seines Antrages, eine 10jährige Scala festzustellen.

Stadtv. G o r w i h tritt für den Antrag Vershenberg ein.

In persönlicher Bemerkung protestirt Stadtv. G e n t i g gegen die ihm von der sozialdemokratischen Fraktion immerfort widerfahrenden beleidigenden Angriffe; dieselben könnten ihn nicht treffen, drücken aber das Niveau der Versammlung herab. (Unruhe.)

Stadtv. S i n g e r: Ich muß zur Geschäftsordnung dagegen protestieren, daß es jemand in diesem Saale gestattet wird, unter dem Deckmantel einer persönlichen Bemerkung eine ganze Fraktion der Versammlung beratt zu beleidigen.

Boisheer L a n g e r h a n s: Ich habe keine Bemerkung geäußert, die das Niveau der Versammlung herabgedrückt hätte.

Stadtv. V o r g a n n: Wer den Stadtv. G e n t i g von seinem ersten Auftreten in diesem Saale beobachtet hat, wird mir zugestehen, daß man gerade von seinem Auftreten die Möglichkeit der Wirkung behaupten könnte, die er soeben bezeugt hat. Ich habe Herrn G e n t i g nicht im Geringsten verlegt, wenn ich ihm ein recht lauges Leben wünsche, so lang, daß er von der Krankheit, an der er leidet, dem Antisemitismus, noch genesen könne. (Stadtv. G e n t i g: Das hatte ich nicht verstanden, ich danke! Stürmische Heiterkeit.)

Der Ausschussantrag wird mit dem Antrage Kreißling angenommen.

Bzüglich der übrigen Lehrer- und Beamten-Kategorien: Direktoren, Oberlehrer, ordentliche Lehrer, Vorschul-Lehrer und Lehrerinnen an den Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Real-schulen und Realschulen, sowie an den höheren Mädchenschulen, ferner technische Lehrer, Schuldiener, Turnwarte und Turnlehrer, sowie betreffs der Direktoren der Taubstummen-Schule und der Blindenanstalt werden durchweg die Ausschussanträge angenommen. Bzüglich der Turnwarte und Turnlehrer wird auf Antrag S c h w a l b e zusätzlich beschlessen, daß anderweit in einem städtischen Schulamt zugebrachte Dienstzeit zur Pälste angerechnet werden soll.

Die Gesamtstimmabstimmung ergibt die Annahme der Vorlage mit großer Mehrheit.

Zu dem vom Ausschuss beantragten Resolution betr. die Vermehrung der Lehrerinnenstellen bemerkt der Referent, daß für diesen Vorschlag sehr gewichtige Gründe geltend zu machen seien. Die finanzielle Ersparnis würde sehr bedeutend sein, da das Lehrgelde mit Durchschnitt 2800 M., der Lehrerinnengehalt nur 1700-1800 M. betrage, eine Ersetzung von 100 Lehrern durch Lehrerinnen also eine Ersparnis von rund 100.000 M. bedeute. Der Antrag habe aber auch den Zweck, das weibliche Geschlecht überhaupt stärker zum Unterricht in der Berliner Volksschule heranzuziehen, da an Lehrern Mangel, an Lehrerinnen aber, die auf Anstellung warten, Ueberschuß ist.

Stadtv. S i n g e r: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Zweifelloß wird er durch die von Herrn S c h w a l b e beantragte Streichung einiger Worte etwas schwächer, aber die Begründung des Antrages durch den Referenten läßt nur den Schluss zu, daß die finanzielle Seite des Antrages in erster Linie steht. Dieser Antrag bedeutet nicht, als daß die Lehrerinnen zur Lohnbedürftigkeit für den Lehrer werden soll. (Sehr richtig!) Dazu möchte ich nicht die Hand bieten. Ich stehe auf dem Standpunkt, auch meinerseits zu wünschen, daß die Zahl der Lehrerinnen vermehrt werde; aber aus andern Gründen. Ich würde es für einen wesentlichen Vortheil halten, wenn zunächst einmal in den unteren Klassen der Gemeindeschulen überhaupt nur Lehrerinnen unterrichtet sollten, weil das erzieherische Moment in der Hand einer Lehrerin besser aufgehoben ist als in der eines Lehrers. (Stadtv. S p i n o l a: Na also!) Ich würde überhaupt wünschen, daß Knaben und Mädchen zusammen unterrichtet würden. Kein besseres Mittel kann es geben, das moralische Element der Schulen auf ein höheres Niveau zu heben.

Wir brauchen ja bloß nach der Schweiz zu erblicken, wo diese Art des Unterrichts bereits eingeführt ist. Würde aus diesem Grunde eine Vermehrung der Lehrerinnen hier angestrebt und sähe die Schulverwaltung diesen Grund als maßgebend an, dann würde ich dem Antrage gern zustimmen. Heute hat der Antrag eine ganz andere Bedeutung. Der Ausschuss will durch seine Resolution, wenn es nicht die Absicht ist, es die Wirkung, daß was er mit dankenswerther Mühsigkeit den Lehrern gegeben hat, mit der andern Hand wieder zurücknehmen, indem er billiger Arbeitskräfte einzustellen sucht. Solches zu beschließen hat die Versammlung keine Veranlassung, und ich kann daher in diesem Augenblicke nicht einmal für die durch den Antrag S c h w a l b e veränderte Resolution stimmen, um die Versammlung vor Mißdeutung ihres Beschlusses dafür zu bewahren, daß auch nur die Möglichkeit jener Argumentation aufkommen kann. Wenn ich unterrichtet die Lehrerinnen mit den Lehrern gleichstelle, will ich sie auch gleich besoldet haben, nicht aber sie deswegen in die Schulen einschleusen, weil sie billiger sind. Die Resolution wird einen guten Theil von dem, was die Versammlung heute beschlessen hat, wieder wegnehmen.

Stadtschulrath B e r t r a m: Im mittleren Theil seiner Rede hat Herr S i n g e r sehr wirksam für den Ausschussantrag mit dem Antrag S c h w a l b e gesprochen. Die Beforderung der Lehrerinnen erfolgt nach festen Normen; von Lohnbrücken kann also doch nicht die Rede sein, wenn überhaupt von Lohn hier gesprochen werden darf. Der Gedanke, in den unteren Klassen von Lehrerinnen unterrichten zu lassen, ist ein sehr beachtenswerther. Noch 1874 fand ich zahlreiche Mädchenschulen in Berlin vor, die keine Lehrerin besaßen. Allmählig hat sich das nöthige Personal gefunden und ist der Muth bei den Lehrerinnen, neue Schulen zu übernehmen, gewachsen. Die Vereinigung der Geschlechter wird allerdings von englischen und amerikanischen Schulmännern für die höheren Klassen nicht befürwortet.

Stadtv. M e y e r H: Ich stimme für die Resolution in der Form, wie Kollege S c h w a l b e vorgeschlagen hat, aus dem von Kollegen S i n g e r so trefflich entwickelten Gründen. Diese Gründe sind so klar, daß es des Schwachen gar nicht bedarf, der die Finanzfrage betrifft.

Nachdem noch Stadtv. S c h w a l b e für den modifizierten Antrag gesprochen, bekämpft Stadtv. G e n t i g die Komplexität der Versammlung, über Nachfragen, wie die Qualifikation des weiblichen Geschlechts zum Lehrerberuf zu entscheiden.

Stadtv. K r e i s l i n g bleibt dabei, daß der finanzielle Hintergrund die treibende Kraft für den Antrag ist, und bittet um Ablehnung.

Die Resolution wird nach dem Antrag S c h w a l b e mit geringer Mehrheit angenommen.

Eine außerordentliche Sitzung findet am nächsten Dienstag zur Stadtberatung statt.

Schluss 10 Uhr.

Lokales.

Das Gewerbegericht hat wie jedes andere Gericht die Befugnis, Angehörigen nicht nur in Geld, sondern auch durch Beschränkung der persönlichen Freiheit des Betroffenen (Inhaftation auf einen oder mehrere Tage) zu verhängen. Dies hat bereits mehr als eine der Parteien, welche sich auf dem Gewerbegericht ein Stellbildern gaben, in recht unliebsamer Weise empfinden müssen. Es ist angebracht, an dieser Stelle darauf aufmerksam zu machen und jedem klagenden Arbeiter anzurathen, sich nicht durch seine, wenn auch noch so berechtigten Enttäuschung über den Gegner zu einer „Ungebühr vor Gericht“ hinrichten zu lassen. Sind die Vorstehenden im allg. gemein. auch ziemlich nachsichtig, so ist doch keine Partei davor sicher, bei der Wahl „zu hart“ Ausdruck einmal einen Tag „brummen“ zu müssen. In der Natur des Gewerbegerichts liegt es, daß so mancher sich dort mehr „gehen läßt“, wie er es vor dem sogenannten ordentlichen Gericht thun würde. Ein

flagrantes Verwehrt dafür lieferte die vergangene Woche, in der nicht weniger als vier Häftlinge von der Straßauerstr. 3/8 für einen Tag ins „Hotel Alexanderplatz“ „ziehen“ mußten. Also, hütet eure Jungen!

Gemeindeschulen und höhere Lehranstalten. Auf den 20 städtischen höheren Lehranstalten waren im Schuljahr 1893/94 13.029 Schüler, macht pro Anstalt im Durchschnitt 651 Schüler. Auf 198 Gemeindeschulen waren am 1. Juni 1893 180.756 Schulkinder, macht pro Schule im Durchschnitt 913 Kinder. Die höchste von einer höheren Lehranstalt erreichte Schülerzahl belief sich auf 830, die höchste von einer Gemeindeschule erreichte Zahl auf 1410. Welcher Sturm der Entrüstung sich wohl in der bürgerlichen Presse erheben würde, wenn man es einmal versuchen wollte, die Kinder der Besten in den höheren Schulen in derselben, Gesundheit und Unterrichtsverfolgung schädigender Weise zusammenzubringen, wie es mit den Kindern der Besten in den Gemeindeschulen geschieht!

Freistellen sind auf den 20 städtischen höheren Lehranstalten im Schuljahre 1893/94 1184 bewilligt worden, davon 229 an Lehrersöhne und dritte u. f. w. Brüder, 955 an bedürftige Schüler. Alle Freistellen zusammen machten 9 pCt. der Gesamtfrequenz aus, d. h. unter je 100 Schülern hatten 9 eine Freistelle. Im Schuljahre 1892/93 wurden im ganzen 1305 Freistellen bewilligt, das sind 10 pCt. der Gesamtfrequenz. Ueber diesen Prozentsatz geht die Zahl der Bewilligungen nicht hinaus. Vergabe der bedürftigen Jungen haben also wenig Aussicht, eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zu erhalten.

Proßt die Wahlzeit! Den Armen und Glenden wird bekanntlich in Berlin in reichstem Maße der Tisch gedeckt, so daß ein herrschender Nothstand absolut nicht anzuerkennen ist. Von jeder ist man bemüht gewesen, von obrigkeitlicher wie von privater Seite den Armen und Glenden die wärmste Fürsorge angedeihen zu lassen. Insbesondere ist das Bestreben darauf gerichtet gewesen, auf dem Tische des Armen die Fleischkost nicht fehlen zu lassen. Da aber in den Lagerschuppen vorerst noch nicht in ausreichendem Maße Pferde abgenutzt werden, um zur menschlichen Nahrung geeignet zu erscheinen; da auch das Kaninchenfleisch trotz aller Kaninchenausstellungen und Kaninchenfesten sich als „Nahrungsmittel“ nicht einbürgern will, so verfiel man auf einen anderen sinnreichen Gedanken der Fleischversorgung für die Armen. Berlin besitzt bekanntlich einen Central-Schlachthof, auf welchem, abgesehen von den kleineren Hauschlachtungen der Gänse, Hühner etc., sämtliche Schlachtungen der Thiere zu Ernährungszwecken vorgenommen werden. Bei dieser Centralisation des Schlachtens und bei der eingeführten strengen Fleischkontrolle kann es nicht ausbleiben, daß bedeutende Quantitäten Fleisch als zur menschlichen Nahrung ungeeignet beanstandet werden, die bisher der Abdecker überwießen wurden. Es ist begreiflich, daß manches fühlende Menschenherz beim Anblick dieser verworfenen Fleischmassen von herber Schmerz ergriffen wurde. Wie viele arme Menschen könnten damit gespeist werden? Und wenn man dann aus Prozessen erfuhr von Fleischdiebstählen aus der Abdecker- und von Schlächtern, die bereitwillige Abnehmer des Fleisches waren, so kann man sich nicht wundern, wenn der Wunsch gezeugt wurde, dieses Fleisch direkt an die Konsumenten zu bringen und zwar auf legalen Wege. So ist denn seit einigen Jahren eifrig experimentirt worden, um zu erfahren, ob und in wie weit das Fleisch von mit bestimmten Krankheiten behafteten Thieren noch als Nahrungsmittel „verwerthet“, d. h. verkauft werden kann. Diese Versuche sind, wie bürgerliche Blätter frohlockend meinen, nun endlich von einem praktischen Erfolge gekrönt worden. Es sollen nämlich gegenwärtig zwei Hochbede Apparate in einem besonderen Räume am dem Schlachthofe aufgestellt werden. In diesem Räume darf das Fleisch von Thieren, welche bis zu einem gewissen Grade mit Verunreinigung behaftet sind, unter behördlich-sachverständiger Aufsicht sterilisirt und dann als Nahrungsmittel verkauft werden. Man sieht, in Berlin kommt nichts um, abgesehen von Menschen. Und so wird fortan auch das perlsüchtige Fleisch nicht mehr umkommen, der Abdecker werden die fetten Braten entzogen und diese in ein Volksnahrungsmittel umgewandelt werden. Es wird Eingang finden in weite Kreise des Volkes, in Gasthäuser und Speisehäuser wird das sterilisirte Fleisch dem Rostfleische Konkurrenz machen und der Bedarf wird nicht gedeckt werden können. Proßt die Wahlzeit!

Vier Armenärzte will die Stadtverwaltung zum 1. April d. J. einstellen und zwar zwei infolge Ausscheidens ihrer bisherigen Inhaber, nämlich im 66. Bezirk (Hofenstraße, Gräfen- und Fichtstraße) und im 87. Bezirk (am Wedding) und zwei in neu zu errichtenden Bezirken, davon einen in der Gegend der Pappel-Allee, Weissenburger- und Hagenauerstraße und den andern in der Gegend des Viehhofs und der Frankfurter Allee.

Die überlebte Sinnlichkeit ist wieder freigegeben worden. Vor einigen Wochen berichteten wir, daß dem Schriftsteller Hans v. Reinfels von dem Polizeikommissar eines Reviers in der Friedrichstadt ausgegeben worden sei, im Titel der Broschüre: „Eh, Liebe, Sinnlichkeit“, das letztgenannte Wort überleben zu lassen. Auf die Beschwerde des Verfassers ist obige Anordnung seitens des Polizeipräsidiums rückgängig gemacht und den in Mittheilung gezogenen Buchhandlungen mitgetheilt worden, daß die betreffende Anordnung ohne Auftrag der zustehenden höchsten Behörde erlassen worden sei; die Sinnlichkeit ist also gerettet, und die Sinnlichkeit, wenigstens nach der Auffassung des tugendstrengen Herrn Polizeikommissars, unterliegen. Der Verfasser aber kann sich für die seiner Broschüre aus der Tugendboldhaftigkeit eines Vertreters der hohen Polizei erwachsenen Kalamität bedanken.

Postales. Zur Erleichterung für das Publikum bei Verzollung der mit der Post vom Ausland eingehenden zollpflichtigen Pakete besteht im Einverständnis mit der Steuerverwaltung für Berlin die Einrichtung, daß auf Verlangen der Empfänger die zollamtliche Schlussabfertigung von gewöhnlichen Paketen und von Sendungen im Einzelwerthebetrage bis zu 1000 M. durch Vermittelung der Postbeamten erfolgen kann. Diese Sendungen werden nach der Verzollung sorgfältig wieder verpackt, amtlich verschlossen und den Empfängern mit der nächsten Paketbestellfahrt zugeführt. Für die Verstellung und die Erfüllung der Zollformalitäten seitens der Post wird für jedes Paket bis zum Gewicht von 5 Kilogramm eine Gebühr von 20 Pf. erhoben, bei schwereren Paketen tritt das tarifmäßige Bestellgeld hinzu. Für die Wiederverpackung der Pakete kommt eine Gebühr nur dann in Ansatz, wenn dadurch bare Auslagen entstanden sind. Von dem Eingang einer zollpflichtigen Postsendung wird der Empfänger bei der Bestellung der zugehörigen Paketadresse in Kenntniß gesetzt. Wünscht er die zollamtliche Schlussabfertigung durch die Post, so hat er die mit der Paketadresse zugeleitete gedruckte Erklärung zu vollziehen und beide Gegenstände dann dem Briefträger wieder zurückzugeben oder — soweit es sich um Zollpakete ohne Werthangabe handelt — unter Briefumschlag mit der Bezeichnung „hierin Zolladressen“ an die betreffende Postverzollungsstelle zu übersenden, wofür kein Porto berechnet wird.

Einige bei der Firma Siemens u. Halske beschäftigte Arbeiter haben bekanntlich am 27. Februar der Welt das beschämende Beispiel geboten, daß sie ihre Pflichten gegenüber der organisierten Arbeiterkraft dreist verleugneten und sich offen als ergebenen Diener ihrer Arbeitsherren bekamen. Die Vertreter der ehrlichen Arbeiterkraft versahen natürlich in einer Versammlung nicht, diese Leute in einer Weise moralisch abzustrafen, daß es ihnen heute noch juht, und es ist daher nur zu erklärlich, daß gewissermaßen zu ihrer Rehabilitirung auf heute Abend eine Versammlung angeordnet worden ist, in der die getreuen Knechte auf den Herrn, dem sie dienen, das vorschriftsmäßige Loblied zu singen haben werden.

Angefaßt einer solchen Komödie ist es nur zu erklärlich, daß in einem Flugblatte an die Arbeiterinnen und Arbeiter des Berliner Bezirks die Firma Siemens und Halske von einem Arbeiter der Firma folgende Aufforderung ergangen ist:

„Unterzeichneter bittet seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, der Versammlung am 9. März fern zu bleiben, ein ehrlicher Meinungsaustausch kann dort nicht stattfinden, weil die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist; es darf kein Arbeiter wagen, etwaige Mißstände zur Sprache zu bringen. Die Folge wäre Entlassung. Wer sind die Einberufer?“

Ein Eisenbahn-Unfall, bei dem glücklicherweise keine Menschenleben vernichtet worden sind, hat sich am Mittwoch Morgen gegen 7 Uhr auf der Station Grunewald ereignet. Der Güterzug 465, der von Sangerhausen nach Berlin bestimmt war, sollte gestern (Mittwoch) Vormittag um 10 Uhr 55 Minuten in Grunewald einlaufen. Um das Geseise 18 — das Gütergeseise — zu erreichen, muß der Zug etwa vierzig Meter vom Bahnhof eine große Kurve durchlaufen. Als der erste Güterwagen, der hinter dem Schutzwagen ging, die Biegung erreicht hatte, sahen Stationsbeamte, daß ein von seinen Rädern abbrach. Der Wagen sprang sofort aus den Schienen, und der Maschinenführer, der durch Winkeln auf den Unfall aufmerksam gemacht wurde, wollte den Zug zum Stehen bringen. Dies gelang aber erst unmittelbar vor dem Bahnhofgebäude; denn der Druck der schwerbeladenen nachfolgenden Wagen war so groß, daß der Zug trotz des entgleiten Wagens weitergeschoben wurde. Dabei mußte aber eine Katastrophe eintreten: es wurden elf Wagen, welche Längersalze führten, zum Theil völlig gedrückt und aus den Schienen geworfen. Die Unglücksstätte bietet ein Bild arger Verwüstung und der Güterverleste ist auf längere Zeit gehemmt. Die Ursache des Unfalles ist bereits aufgeklärt. Zwischen den Haltestellen Mähdorf und Dremitz ist ein abgegrunzener Radriß aufgefunden worden, der zu dem zuerst entgleiten Güterwagen gehört. Dieser vierzellige Wagen hat also die mehrere Meilen betragende Strecke bis zum Bahnhof Grunewald trotz der Beschädigung sicher zurückgelegt. Daß von dem Fahrpersonal niemand verunglückt ist, hat darin seinen Grund, daß ein Wagen mit Bremsriß, der sich unter den später entgleiten befand, in Belgiz wegen einer heißgelaufenen Ape ausgeführt werden mußte.

Den berufenen Vertretern des modernen Christenthums eifern jetzt die jüdischen Geistlichen löblich in der Bekämpfung der Redefreiheit nach. Die „Nordd. Allg. Zig.“ meldet: Die Redefreiheit, die bisher gebrauchsmäßig bei Trauerfeiern auf jüdischen Friedhöfen bewahrt wurde, ist seit den Vorgängen beim Begräbnis des früheren Rechtsanwalts Dr. Noll sehr beschränkt worden. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Vorstehers der hiesigen Gemeinde, des Justizraths Weiser, darf jetzt kein Laie auf den jüdischen Friedhöfen das Wort nehmen. Die Friedhofsbeamten sind angewiesen, Uebertretungen dieses Gebots unter Umständen mit Gewalt zu unterdrücken.

Die letztere grausige Drohung läßt es rathsam erscheinen, an unsere jüdischen Mitbürger die inständige Bitte zu richten, wenigstens bei Begräbnissen, nach Möglichkeit ihre Sucht nach blutigen Händen zu bekämpfen.

Beim Staatspiel. In dieser Lokalnotic, die wir in Nr. 44 brachten, befindet sich, wie uns mitgetheilt wird, ein Irrthum. Nicht der Arbeiter Kobermann hat mit dem Messer gestochen, sondern er ist gestochen worden und zwar von dem Arbeiter Schirpahn.

Wozu eine Reserve-Offiziers-Uniform nützlich ist. Einer der nothleidendsten Landwirthe, der soeben — wie er ging und stand — zwangsweise seine Besingung räumen mußte, ist der Gutbesitzer N. in einem Dorfe dicht vor den Thoren Berlins. Gerichtsvollzieher waren seine täglichen Gäste, doch hatten dieselben keine leichte Arbeit bei ihm, denn er setzte den Vollstreckern der Gerichtsbefehle nicht nur passiven, sondern auch aktiven Widerstand entgegen, so daß sich dieselben genöthigt sahen, in jedem Einzelfalle einen Gendarm zur Bedeckung mit auf den Herrschaft zu nehmen. Nach einer solchen Pfandung äußerte der Herr Gutbesitzer entrüstet zu seinen Leuten: „Wenn der Gerichtsvollzieher noch einmal in Begleitung von Gendarmen auf den Hof kommt, dann werde ich ihnen zeigen, wie sie sich einem Reserve-Lieutenant gegenüber zu benehmen haben. Die Gendarmen sind Soldaten und wenn ich meine Offiziers-Uniform anlege, werde ich sie schon zur Raifon bringen!“ Gerichtsvollzieher und Gendarmen liegen nicht lange auf sich warten. Als die Beamten auf den Hof kamen, beauftragte der Herr Gutbesitzer einen Dienstmann Geist, ihm schleunigst seine Uniform zu bringen. Der Bote kam in dem Augenblicke zurück, als die Beamten eben bei dem Herrn eintraten, und meldete: „Gnädiger Herr! Die Uniform kann ich nicht bringen, die ist versegelt. An dem Spinde, in welchem die Uniform hängt, liegt ein großes blaues Siegel, mitten auf dem Schlüsselloch!“ Tableau!

Wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang wurde am Mittwoch Nachmittag der Weber Karl Sch. aus Weihenfein in seiner in der Straßburgerstraße gelegenen Wohnung verhaftet. Sch. hatte am 5. Februar in Gemeinschaft mit seiner Frau aus einer geringfügigen Ursache seinen Nachbar Wiltcher beratt zugerichtet, daß dieser vorgestern an einer im Rücken erhaltenen Verwundung vor einigen Tagen gestorben ist.

Schon wieder ist von einem Schulknaben ein Selbstmordversuch verübt worden. Aus Furcht vor der Strafe hat sich gestern Nachmittag gegen 5 Uhr der 12jährige Schüler Max Malack, Kottbuser Damm 12, bei den Eltern wohnhaft, vom Maybach Ufer aus in den Landwehrkanal gestürzt, er wurde jedoch von Schiffen, ohne Schaden genommen zu haben, aus den Fluthen gezogen und nach der elterlichen Wohnung gebracht. Der Kleine war längere Zeit heimlich hinter die Schule gegangen und dieses Vergehen war den Eltern gemeldet worden. Aus Furcht vor körperlicher Züchtigung hat der kleine M. dann den Selbstmordversuch begangen.

Der todtegeplante Deserteur Beschauwid, dessen Uniform, wie wir berichteten, am 25. Februar an der Schlesischen Brücke gefunden wurde, lebt und ist am Mittwoch Mittag in die Kaserne des Kaiser Franz Grenadier-Regiments eingeliefert worden. Ein Hildorfer Gendarm hat ihn bei einem Kutscher unter dem Heu versteckt gefunden. B. soll s. J. aus Furcht vor der Strafe desertirt sein.

Nach Talldorf! Das geistige Befinden des stud. jur. Ostrowsky, der im Breslau-Berliner Eisenbahnjunge am Montag ein junges Mädchen gemißhandelt hat, hat sich von Stunde zu Stunde dermaßen verschlechtert, daß die Ueberführung desselben nach der Charite zum Zweck der Exploration seines Geisteszustandes nicht zur Ausführung gebracht werden konnte, obwohl dieselbe bereits angeordnet war. Der Arzt des Untersuchungs-Gefängnisses, Geh. Sanitätstath Dr. Lewin, hat dem Untersuchungsrichter angezeigt, daß Ostrowsky zweifellos hochgradig geisteskrank und gemeingefährlich ist und darauf ist O. dem Berliner Polizei-Präsidenten zum Zwecke der Internirung in der städtischen Irrenanstalt zu Talldorf überwiesen worden. Die Ueberführung sollte noch am Donnerstag Nachmittag erfolgen.

Die Brieftasche des Studenten. Als ehrlicher Finder hat sich der Prospektkutscher W. erwiesen. Der heute Morgen in seinem Nachtwinkel zweiter Güte eine Brieftasche mit aufgesprungenem Schloß auf dem Boden liegen sah. Sein lechter Fahrgast war in der Taubenstraße eingestiegen und hatte sich nach der Philippstraße fahren lassen. Der Kutscher wollte die Tasche schon auf dem Fundbureau abliefern, als mehrere Papiere aus derselben herausfielen. Das veranlaßte ihn, sich den Inhalt der Tasche in der nächsten Dekantation vorerst genauer anzusehen. Die Tasche enthielt eine

Anzahl Visitenkarten des Cand. med. K., einen Pfandschein über eine verfehlte Uhr, einen dito über einen verfehlten Hosenkollernmantel, die unquittierte Quartalsrechnung der Wirtin, die dito unquittierte eines Schneidermeisters und einen Liebesbrief von Fräulein Martha im Restaurant K. Der Droschkenkutscher zog es unter diesen Umständen vor, die Brieftasche dem Verlierer nach der Wohnung zu bringen. Er hat auf jeden Finderlohn verzichtet und war froh, daß er von dem Bruder Studio nicht noch für seine Zeitverschwendung um 3 M. angepumpt wurde!

Polizeibericht. Am 7. d. M. Morgens wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Billaldb-Merisstraße erhängt vorgefunden. — Ein Dienstmädchen versuchte sich in der Wohnung seiner Herrschaft, in der Treckowstraße zu vergiften. Es wurde

nach dem Krankenhause gebracht. — Vor dem Hause Jerusalemstraße 8 wurde eine Frau durch einen Geschäftswagen überfahren und am Bein schwer verletzt. — Abends erkrankte eine Frau in ihrer Wohnung, in der Putznerstraße, und wurde, da sie sich anscheinend vergiftet hatte, nach der Charitee gebracht. — Im Laufe des Tages fanden fünf kleine Brände statt.

Versammlungen:

Mauerer Berlin und Umgegend. Öffentliche Versammlung am Sonntag, den 11. März, Vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Julius Bohm, Grenzauer Allee. Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zu der am 26. und

27. März stattfindenden Konferenz der deutschen Mauerer in Grimnitzschau.
2. Der Fisch-Bau der Jungmänner-Mauerermeister Bachmann und Jander.
Sozialdemokratischer Agitationsklub für den Osten Berlins.
Sonntag, den 11. März, Abends 8 Uhr, im Lokal „zum Freischütz“ Preußische Straße 22 a (oberer Saal): Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer. Vortrag des Genossen Dr. Gramann über: Die Herzensschwäche des Menschen und die gegenwärtige Gesellschaftsordnung. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Vergnügungsgesellschaft „Im Brand“. Jeden Freitag prägt 9 Uhr Abends bei Ferd. Werner, Landsbergerstr. 105: Sitzung.

Briefkasten der Redaktion.
N. N. 24. Kommen Sie in die Sprechstunde. Ihre Anfrage ist unverständlich.
Nr. 560. Ja.

Achtung, Zimmerer!

Sonntag, den 11. März, Vorm. 10 Uhr:
Bezirks-Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umg.
für den **Süden und Westen**
in **Habel's Brauerei, Bergmannstraße Nr. 5-7.**
Tages-Ordnung:

1. Die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit und wie ist dieselbe zu erreichen? Referent: Genosse Behrend. 2. Diskussion.
3. Aufnahme neuer Mitglieder. 428/13
 Zutritt hat jeder Zimmerer. Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung

der **Holz- und Bretterträger Berlins u. Umg.**
am Sonntag, den 11. März, Vormittags 10 Uhr,
im Lokal des Herrn **Möring**, Admiralstraße 186 (Märkischer Hof).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dastig. 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegierten der Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl desselben.
Hierzu sind sämtliche Bretterträger und Brettschneider ganz besonders eingeladen. 196/2
Der Einberufer: F. Jahnson.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins

Sonntag, den 11. März, Vormittags 11 Uhr,
im Lokal des Genossen **Wilke**, Andreasstraße Nr. 26:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Wille über: Unternehmungsgewinn und Arbeitslohn. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. 129/15
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 11. März, Vormittags 10 Uhr:
Außerordentliche Drechsler-Versammlung
im oberen Saale des Herrn **Boltz**, Alte Jakobstraße Nr. 75.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Sektionsbildung der Drechsler im Holzarbeiter-Verband. Referent: Kollege Post; Korreferent: Kollege Wiedemann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller organisierten Drechsler ist unbedingt nötig.
492/16 Die Ortsverwaltung.

Zusolge vielfach an uns ergangener Ersuchen machen wir hierdurch bekannt, daß von jetzt ab der Billet-Verkauf für

**Wannenbäder,
Natürliche Soolbäder,
Schwimmbassin
und Douchebäder**

in unseren sämtlichen Berliner Anstalten

Mittwochs und Sonnabends
bis 9 Uhr Abends ausgedehnt wird.

Admiralsgarten-Bad.

2208b Die Direction.

Engros-Schlächtereie u. Wurstfabrik
von **Fr. Linke & R. Burdach**, Dieffenbachstraße 52.
Berlin S.,
empfiehlt Wiederverkäufern und sparamen Hausfrauen ihr reichhaltiges Lager vorzüglicher **Fleisch- und Wurstwaren** zu erstaunlich billigen Preisen. Jeden Montag und Donnerstag **Kopffleisch, Rinderlungen, Herzen und Leber** zu Ausnahmepreisen. Jeden Mittwoch vorzügliche **Grützwurst** und Sonnabends **frische Blut- und Leberwurst.** [2205b]

Schleuniger Ausverkauf
der Restbestände aus der
J. Adler Söhne schon Concurssmasse,
als: **Teppiche, Portiären, Läuferstoffe, Gardinen,
Stepp- und Tischdecken,**
ferner ca. **1000 Sopha-Stoff-Reste**
der haltbarsten und modernsten Sorten werden bedeutend unter den **Taxpreisen** fortgegeben. 663M
Spandauerstr. 30, gegenüber dem Rathhaus.

Als **Bandagist** empfiehlt sich zur Anfertigung von Bruchbändern, Suspensorien, Leibbinden, Apparaten für Fuß- und Rückenverkrümmung, Gradhalter, künstl. Gliedmaßen als Arme, Beine etc. unter Garantie zu billigsten Preisen. 4549L
Aug. Reiche, Lieferant für Orth- und Hilfskrankenanstalten, Seydolzstr. 15.

Boltz' Festsäle, S. Alte Jakobstraße 75,
Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen. Zu den Osterfesten sehen noch Galt z. Abhalt. v. Matinees z. Verf. d. Amt I, 1082.

Größtes Lager. Billigste Preise.
Beste Marken. Reelle Bedienung.
Gesundheit garantiert. Geöffnet den ganzen Tag.
Roh-Tabak.
Um geehrten Besuch bittet
W. Hermann Müller
Neue Friedrichstr. 9.

!! Roh-Tabak !!
Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadellos gerand, in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Roh-Tabak-Handlung,
Brunnenstr. 185.
Formen (Bodfoorn) wieder vorrätig.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für
Gold-, Silber-, Alfenidewaren (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Sopha-Stoff-Reste
in Nipp, Damast, Crépe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquerts spottbillig!
Proben franko! 5150L
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Gardinen-Fabrik
Großes Lager gestickter und engl. Tüllgardinen, Stores, weiß und creme. Große Auswahl in Sopha, Tisch- und Bettdecken, auch im Fein- zu den billigsten Fabrikpreisen.
E. Knappe aus Entsch in Sachsen
Berlin N., Brunnenstr. 21, pt.

1000 Damen!!!
Regenmäntel, Frühjahrsjaquets, Capes u. Kinderanzüge 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 M. u. f. w.
Landsbergerstr. 48, l.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4465L
am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohstoffe sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Die Waarenbestände
aus der
Gustav Heilborn'schen Concurssmasse
68 Alexanderstr. 68
besteh. in **Wäsche, Tisch- u. Bettzeugen, Gardinen, Kleiderstoffen, Morgenröcken, Blousen** u. f. w. werden von heute ab werktäglich v. 9-1 u. 2-6 Uhr zur **Cave** ausverkauft.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Beuthstr. 2, Berlin SW.
Soeben ist erschienen:
Wider Gottes- und Bibelglauben.
Zwei Schriften von **Dr. A. Douai.**
I. ABC des Wissens für die Denkenden. II. Eine Antwort an die Belenner des Theismus.
Preis: 30 Pfg. Porto 5 Pfg. Wiederverkäufern Rabatt.
Vom Standpunkt der naturwissenschaftlichen Erfahrungen aus legt der Verfasser in dieser Schrift in einzelnen Kapiteln (Gott, Unsterblichkeit, die menschliche Willensfreiheit) die Unhaltbarkeit der „Beweise“ dar, die von den Vertretern des Gottes- und Bibelglaubens für das Dasein eines persönlichen Gottes und den göttlichen Willensakt der Welterschöpfung angeführt werden.
Zweite Auflage
von
Antisemitismus und Sozialdemokratie.
Von **A. Babel.**
Preis: 20 Pfg. Porto 3 Pfg. Wiederverkäufern Rabatt.
Um den Bestellern die Nachnahmegebühren zu ersparen, bitten wir bei kleineren Bestellungen den Betrag der Bestellung gleich beizufügen, bei größeren per Postanweisung vorher einzuzenden. 444/1

Metzner's Korbwaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

Günstige Nähmaschinen-Kauf-Gelegenheit.
Eine große Partie wenig gebrauchter Nähmaschinen verschiedener Systeme steht sehr billig — auch auf **Theilzahlung** — zum Verkauf:
Kronenstraße 68-69,
zwischen Friedrich- und Kanonierstraße.

Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.
Rum,
acht und Façon, Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Pl. billiger
Inhaber: **Eugen Neumann & Co.,** Conrad Neumann, 6092R
6a. Belle-Alliance-Platz 6a.
Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 8.
Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters **A. D. Alte Jakobstraße 180.** Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 1089b
Seifen-Geschäft, altes, gangbares, ist Umstände halber zum 1. April zu verkaufen. Preis 2000 M. Off. unt. **S.** postlagernd Amt 6. [2208b]
Wegen Geschäftsübernahme ist **Admiralstraße 2** am Kottbuscherplatz, Vorderhaus, 2 fenst. Etage, große Küche, Korridor, Kloset billig zum 1. April zu vermieten. [2207b]
Auskunft 4 Treppen rechts.

Destillation,
Südosten, passend f. Genossen, gut geh., sof. zu verl. Offerten unt. **O. R.** Postamt 89, Reichenbergerstr. [2204b]
M. Gatzka wohnt jetzt Wasserthorstraße 19, 4 Treppen. [2205b]

Kartoffelland in H. Pargell. ist bei verp. Vermiss. Sonntags v. 8-10 Uhr. **Paul Fricke.** 68/9

Alte Stiefel, Ausw. w. Verzug sehr billig. **Rango, Rannungstr. 2.**

Masken- und Theater-Garderobe billigst empfiehlt **Werbelow,** Große Hamburgerstraße 34, l. 55732

Damen-Masken-Garderobe von **M. Roussel,** 43. Skaltzerstr. 43

Bediegene Wirthschaft billig zu verl. Händler verb. Auguststr. 55 Q. I. l.
Shankgeschäft anderer Unternehm. halber sofort billig zu verkaufen. 2196b
Büger, Klopstockstr. 1.
Kanarienhähne 6,00, Weibchen 1,25, Hahn 2,50. **Schnelle,** Skalitzerstr. 132.

Senefstr. 38 kleine Wohn. billig sofort oder später zu verm. 20685
Putznerstr. 27. [2125b]
Etage und Küche 60 Thaler.

Arbeitsmarkt.
Arbeiter-Gejangverein
sucht Dirigent für Dienstag, Meld. Sonntag früh 10 Uhr im Restaurant Weinbergerstr. 24. 21785
Gute galvanoplastische Arbeiter, zugleich für Stereotypie, sofort gesucht. Erste Kräfte wollen unter Angabe ihrer Ansprüche sich melden bei **R. Hoff, Hamburg,** Neumoll 64/66. 6622R

Goldlesten. [2211a]
Tüchtige Belegerinnen und Bergolberinnen finden dauernde u. lohnende Beschäftigung Köpckestr. 109 a.

Schriftmaler, selbständig arbeitende, verlangt [2209b]
Schmiedel, Köpckestr. 28.

Ein **Wagenlackierlehrling** wird verlangt bei **Schwarz,** Hauptstraße 125, Schöneberg. 2210b

Unterm neuen Kurs.

Februar.

- Oderberg.** Von dem Landgericht in Prenzlau wurde Genosse Künzele von der Verletzung des § 153 der Gewerbe-Ordnung — Verurteilung — freigesprochen.
- Plauen.** Wegen Richterbeleidigung, begangen in einem im Arbeiter-Bildungsverein gehaltenen Vortrage, Genosse Riese, 3 Monate Gefängnis.
- Weimar.** Der Beleidigung zweier Polizeibeamte wird der Genosse Messing von dem Landgericht schuldig befunden. Buße, 1 Monat Gefängnis. Der Beamte war der schwere Vorwurf der Verletzung der Eidespflicht gemacht.
- Leipzig.** Die gegen den Genossen Wehler erkannte dreimonatliche Gefängnisstrafe wegen durch die Presse begangener Beamtenbeleidigung in 3 Fällen ist rechtskräftig geworden. Das Reichsgericht verwarf die Revision.
- Neustadt-Oberschlesien.** Genosse Mecker, Vorsitzender des Arbeiter-Bildungsvereins, von der Anklage der Beamtenbeleidigung freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.
- Hamburg.** Von der Anklage, einen Fabrikanten beleidigt zu haben, Genosse Pionkuch freigesprochen. Auch erkannte das Gericht auf Erstattung der gebildeten Selbstauslagen.
- Dalle a. S.** Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach den Genossen Meiche von der Anklage des Hausfriedensbruchs frei. Meiche hatte in Briefen die Wahl kontrolliert. Er wurde, trotzdem er sich als Wähler ausweisen konnte, von dem Wahlvorstand aufgefordert, das Lokal zu verlassen, weil die Identität nicht nachgewiesen sei. Das Landgericht begründete sein Urteil: „Der Identitätsnachweis werde in dem Gesetz nicht verlangt.“
- Magdeburg.** Wegen Verübung groben Unfugs, begangen durch Boykottaufruf dreier Genossen je vier Wochen Haft.
- Dessau.** Genosse Schöps, Redakteur des „Anhalter Volksblatt“, wegen Unternehmer-Beleidigung 50 M. Geldstrafe.
- Weimar.** Die Boykottandrohung, zwecks Niedergangmachung mehrerer Arbeiterentlassungen, steht das Landgericht als Erpressungsversuch an, und verurteilt den Genossen Meyer wegen 2 Fällen zu 6 Wochen Gefängnis. Beantragt waren 4 1/2 Monat und Verlust der Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren.
- München.** Genosse Schmidt, Redakteur der „Münchener Post“, wegen Beleidigung elfsässischer Richter 4 Monate Gefängnis. Die Klage war eine private.
- Hamburg.** Der verantwortliche Redakteur des „Hamburger Echo“ wegen Beleidigung des Altonaer Magistrats 600 M. Geldstrafe. Antrag: 2 Monate Gefängnis.
- Magdeburg.** Fünf Genossen von der Anklage, groben Unfug verübt zu haben, freigesprochen. Die Straftat bestand in den Worten „Protestversammlung gegen den Sedanzummel“, welche Plakate trugen.
- Dessau.** Redakteur und Verleger des „Anhalter Volksblatt“, die Genossen Peus und Franke, wegen Beleidigung eines Gendarmen je 30 M. Geldstrafe.
- Nordhausen.** Genosse Glocke aus Berlin wegen Hausfriedensbruch 50 M. Geldstrafe, und Genosse Lucius 1 Monat Gefängnis wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Strafplakate rekrutieren aus dem Besuch einer antisemitischen Versammlung.
- Schlesien.** Genosse D. Sillier wegen Beleidigung und Verurteilung 2 Monate Gefängnis.
- Gera.** Verworfen wurde die Revision gegen das Urteil, das den Genossen Trognitz, Redakteur der „Neuphischen Volkszeitung“, wegen Beleidigung zu 3 Monaten, und Hermann Hendelstein wegen Verbreitung fraglicher Zeitung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.
- Kirchheimbolanden.** Für die „ostentative Niederlegung eines Kranks auf das Grab eines Verstorbenen“ muß ein Genosse 2 M. Buße zahlen.
- Berlin.** Genosse Schröder, Redakteur des „Vorwärts“, wegen Beleidigung der Verwaltung des Leibregiments Nr. 100 in Dresden 1000 M. Geldstrafe. Antrag der Staatsanwaltschaft 3 Monate Gefängnis.
- Genosse Ender,** Redakteur des „Vorwärts“, 6 Wochen Gefängnis wegen Beleidigung der Postbehörde. In beiden Fällen hatten sich die Korrespondenten als unzuverlässig erwiesen.
- Johannisthal.** Die Genossen Wegner und Eise jr. wegen Veranstaltung einer öffentlichen Konzerte, wozu die polizeiliche Erlaubnis verjagt war, je 15 Mark Geldstrafe. Wegen des gleichen Vergehens wurden die Genossen John und Carlipp freigesprochen.
- Zwenkau.** Das Landgericht Leipzig bestätigte das schöffengerichtliche Urteil, welches einen jungen Genossen, wegen Tragens republikanischer Abzeichen, — rotze Federn auf dem Hut, — zu 3 Tagen Gefängnis verurteilte.
- Berlin.** Der Redakteur des in polnischer Sprache erscheinenden Parteiblattes, wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, 4 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte nur 2 Monate beantragt. Eine aus gleicher Ursache erhobene Anklage gegen den Genossen Kehler, Redakteur des „Volksblattes für Teltow-Breskow“, endete mit Freisprechung des Angeklagten.
- Mühlhausen.** Wegen unerlaubten Druck von Plakaten bzw. der Beihilfe, die Genossen Martin 80 und Genosse Kranz 40 M. Geldstrafe. Genosse Doppler wurde freigesprochen.
- Leipzig.** Genosse Wittich war vom Schöffengericht wegen Beleidigung des Rechtsanwalts Dr. Hans Blum zu einer Geldstrafe von 500 M. verurteilt. Das Landgericht setzte die Strafe auf 150 M. herab.
- Wannheim.** Das Landgericht verurteilte den Genossen Albert Säckind wegen Beleidigung des Großherzogs zu 2 Monaten Gefängnis. Die Beleidigung war in der Höhe des Wahlkampfes gefallen.
- Düsseldorf.** In seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur, sollte sich Genosse Lingweiler einer Beschimpfung der christlichen Kirche schuldig gemacht haben, wofür der Staatsanwalt eine Sühne von 6 Monaten Gefängnis für nötig erachtete. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung.
- Berlin.** Einer Beleidigung des Ministers v. Verlepsch wird Genosse Schröder, Redakteur des „Vorwärts“, schuldig befunden, und zu einer Geldstrafe von 150 M. verurteilt.
- Hamburg.** Genosse Gustav Stengels, Redakteur des „Hamburger Echo“, wegen Beleidigung der Polizeiverwaltung in Gelsenkirchen, begangen in einem Räsonnement über Polizeimaßregeln während des letzten Bergarbeiterausstandes, 6 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 4 Monate beantragt.

- München.** Wegen unehrerbietigen Betragens vor Gericht Genosse Cohn 5 M. Geldstrafe. Beim Weggang bedachte Genosse Cohn das Haupt, ehe die Thür des Amtszimmers sich hinter ihm geschlossen hatte.
- Kassel.** Der Redakteur des „Heffischen Volksblattes“, Genosse John, erhält wegen Bürgermeistereibeleidigung eine Geldstrafe von 60 M. auch in zweiter Instanz zuerkannt.
- Dortmund.** Zu je 10 M. Geldstrafe die Genossen Bloß und Voigt wegen Beleidigung eines Buchdruckereibesetzers in Wattenheid.
- Breslau.** Die Revision des Genossen Bloß gegen das auf 100 M. Geldstrafe lautende Urteil wegen Beleidigung der Gendarmen von Wiedebe wurde von dem Reichsgericht verworfen.
- Breslau.** Der Tischler Robert Kornehki wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung eines Sicherheitsbeamten 10 Monate Gefängnis.
- Stendal.** Sieben Vorstandsmitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins wegen Verstoß gegen das Vereinsgesetz je 10 M. Geldstrafe. — Von der gleichen Anklage der Bevollmächtigte des Maurerverbandes freigesprochen.
- Dresden.** Wegen groben Unfugs wurden die Genossen Kühne, Knock, Wiesner, Pehold und Frau Janitsch zu 15 M. Geldstrafe und 2 bis 3 Wochen Haft verurteilt. Genosse Hennig erhielt 14 Tage Haft.
- Kottbus.** Töpfer Albert Hartwig wegen Majestätsbeleidigung 6 Monate Gefängnis.
- Bochum.** Der Vorstand des Verbandes deutscher Bergarbeiter wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz freigesprochen. Schröder und Dunne waren aus der Straftat vorgeführt.
- Erfurt.** Genosse Hülle wegen Fabrikantenbeleidigung 14 Tage Gefängnis.
- Dessau.** Wegen Beleidigung durch die Presse Genosse Schöps 100 M. Geldstrafe und ein Genosse aus Cöthen 1 Monat Gefängnis.
- Mittweida.** Wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz Genosse Jerche 20 M. Geldstrafe.
- Dresden.** Genosse Gottlieb Knöfel wegen Beleidigung des Gemeinderaths Berggießhübel 1 Monat Gefängnis.
- Erfurt.** Von zwei Anklagen wegen Majestätsbeleidigung Genosse Hülle freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte 9 Monate für den Einzelfall, und eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 3 Monaten beantragt. Eine Beleidigung von Militärpersonen trug Hülle eine Strafe von 50 M. ein. Antrag 1 Monat Gefängnis.
- Wahlershausen bei Kassel.** Mittels Boykotts groben Unfug verübt zu haben, kostet dem Genossen Hohmann 40 M. B. fe.
- Erfurt.** Genosse Hülle wurde von der Anklage der Gendarmenbeleidigung freigesprochen, dagegen wegen Beleidigung eines Polizeibeamten zu einer Geldstrafe von 100 M. und wegen des gleichen Vergehens, begangen gegen einen städtischen Beamten, zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.
- Berlin.** Eine in seiner Eigenschaft als Redakteur des „Teltower Volksblattes“ begangene Bürgermeistereibeleidigung trägt dem Genossen Gustav Kehler eine Geldstrafe von 50 M. ein. Antrag 3 Monate Gefängnis.
- Düsseldorf.** Die Genossen Genschler und Lingweiler je 30 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Polizeibeamten.
- Breslau.** Von der Anklage, Getränke und Einrichtungen der katholischen Kirche öffentlich beschimpft zu haben, der Genosse Josef Kusler aus Pöpelwitz freigesprochen.
- Hannover.** Sechs Genossen aus Hameln wegen Vergehens gegen die Sabbatordnung angeklagt, freigesprochen. Delikt: Flugblatt-Vertheilung während des Gottesdienstes.
- Wurzen.** Die früheren verantwortlichen Redakteure der „Wurzen Zeitung“, die Genossen A. Thiele und H. Diehl, je einen Monat Gefängnis wegen Beleidigung eines Rathesekretärs.
- Kiel.** Die Genossen Ströbel und Kläß als verantwortliche Redakteure der „Schleswig-Holst. Volks-Ztg.“, je eine Woche Gefängnis, Ersterer wegen Bürgermeistereibeleidigung, Letzterer wegen Fabrikantenbeleidigung.
- MarFrankfurt.** Wegen Bürgermeistereibeleidigung Genosse Gustav Schubert 2 Wochen Gefängnis.
- Königsberg.** Genosse Denkmann, Redakteur der „Volks-Tribüne“, wegen Majestätsbeleidigung 3 Monate Gefängnis. Antrag 3 Monate.
- Altona.** Von der Anklage der Majestätsbeleidigung Genosse Franz Dietrich, Hamburg, freigesprochen. Strafaufrag 4 Monate Gefängnis.
- Dresden.** Mittels Strafbefehls wurden dem Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, Genossen Eichhorn, 6 Tage Haftstrafe diktiert. Delikt: Grober Unfug durch Boykottaufruf.
- Crefenburg.** Der Vormittag trug dem Genossen Redakteur Adolf Wed 6 Wochen und der Nachmittag 14 Tage Gefängnis ein. Beide Strafen wurden wegen Fabrikantenbeleidigung erkannt.
- Bremen.** 1 Monat Gefängnis Genosse Julius Bruhs als verantwortlicher Redakteur der „Bürgerzeitung“ wegen Beleidigung des Redakteurs des „Bremser Courier“.
- Neustadt O-Schl.** Von der Anklage, Flugblätter öffentlich ohne polizeiliche Genehmigung verbreitet zu haben, Genosse Bösch freigesprochen.
- Leipzig.** Durch Verwerfung der eingelegten Revision ist das gegen den Genossen Schmidt aus Obergroßen, wegen Fabrikantenbeleidigung auf 14 Tage lautend, rechtskräftig geworden. — Das gleiche ist der Fall mit dem auf 2 Monate Gefängnis lautenden Urteil gegen den Genossen Karl Raue in Jherlohn, Redakteur der „Märkischen Arbeiter-Zeitung“, wegen Beleidigung einer Anzahl Fabrikmeister Jherlohn Fabrikten.

Insgesamt wurde erkannt auf 3202 Mark Geld- und 5 Jahre, 8 Monate, 1 Woche und 2 Tage Gefängnisstrafe. Der Parteivorstand.

Soziale Ueberlicht.

An alle in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter! Kollegen! Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen sind so schlecht, daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln eine Besserung derselben erstreben müssen. Wir sehen auf der einen Seite das stetige Wachstum des Kapitals in immer weniger Händen und auf der anderen Seite die Proletarisierung der Arbeiter. In innigem Zusammenhange damit steht das Anwachsen der Reserve-Armee, die unsere Lage immer unerträglicher macht. Darum, Kollegen, organisiert Euch, und denke keiner, es gebe auch ohne ihn. Gedenket der Worte unseres Karl Marx: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Um zu beweisen, wie groß

die Arbeitslosigkeit in unserer Branche ist, lasse ich die Zahlen der Arbeitsuchenden hier folgen, im Monat Dezember 88, im Monat Januar 74, und dieses nur in einer Filiale, während wir für Berlin und Umgegend deren 4 haben. Diese Zahlen reden eine berebete Sprache. Wir müssen aber auch an Euch die Aufforderung richten, zum Agitationsfonds Euer Scherlein beizutragen, damit wir die arbeitslosen Kollegen, die an uns herantreten, unterstützen und andere Pflichten erfüllen können.

Alle Vertrauensmänner und auch diejenigen Kollegen, welche bei der früheren Agitationskommission Vertrauenspersonen waren, werden ebenso dringend gebeten, am Sonntag, den 11. d. M., Vormittags 10 Uhr, beim Genossen Frey Wille, Andreasstr. 26, pünktlich zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Achtung, Schneider!

Kendzburg. Hierorts befinden sich die Schneidergesellen im Streik. Da unsere wirtschaftliche Misere nicht länger zu ertragen war, forderten wir eine 15prozentige Lohnerhöhung und die Befreiung der Nacharbeit. Diese geringen Forderungen wurden von den Kleinmeistern bewilligt, dagegen weigern sich die Inhaber der zwei größeren Werkstätten Feldbuch und Thomßen, wo 12 Gesellen beschäftigt werden, die Forderung zu bewilligen, wodurch die Arbeitsniederlegung erfolgte. Kollegen allerorts, haltet den Zug nach hier fern, damit wir den Sieg erringen, denn unser Sieg ist Euer Sieg.

Die Streikkommission.

Aufruf!

Die Lage der Budapester Silberbesteck-Arbeiter war infolge der niedrigen Akkordpreise eine unhaltbare. Sie stellten an ihre Arbeitgeber die Forderung einer 15prozentigen Lohnerhöhung, die jedoch ohne weiteres zurückgewiesen wurde.

Kollegen und Parteigenossen! Bei 50 Arbeiter, zumeist Familienväter, sind wie ein Mann in den Lohnkampf getreten und dieses solidarische Zusammengehen verdient unsere Anerkennung, legt uns aber auch die Pflicht auf, sie in ihrem Kampfe nach Möglichkeit zu unterstützen und ihren gerechten Forderungen zum Siege zu verhelfen. Unser Wahlspruch: Ein für alle, alle für einen, muß sich hier betätigen; niemals hat uns Kollegen ein gleicher Ruf kalt gelassen, so wollen wir auch diesmal das Gleiche erhoffen und auf Eure thatkräftige Unterstützung rechnen. Ein jeder trage sein Scherlein bei und der Sieg ist ein sicherer.

Ein Streikkomitee hat sich konstituiert, worunter Karl Gärtner zum Kassierer bestimmt wurde, an dessen Adresse VIII Vig-outca Nr. 4 etwaige Briefe und Geld zu senden sind. Mit kollegialem Brudergruß

Das Komitee.

Der Streik der Spremberger Weber ist beendet und zwar zu ungunsten der Arbeiter. Es haben sich leider genügend Frauen und Mädchen gefunden, die die Arbeit bedingungslos aufgenommen haben. Es ist dies von neuem eine Lehre, wie viel unter den arbeitenden Frauen noch zu thun ist, um zu verhindern, daß sie sogar bei Lohnkämpfen als Streikbrecherinnen auftreten. — Damit nun aber auch die Arbeiter, die es wagen, gegen die beabsichtigte Lohnverklärung um 10 Prozent zu murren, für ihre „Frisivolität“ gestraft seien, hat der Herr Fabrikant an alle Fabriken Sprembergs, vielleicht auch an auswärtige, folgenden Brief gesandt:

Mittheilung

der Firma Louis Wülth u. Co. Spremberg, den 5. März 1894.

Hiermit erlauben wir uns Ihnen höflichst untenstehende Namen derjenigen Arbeiter anzugeben, von denen wir glauben, daß dieselben als Häufelstörer der bei uns erfolgten Arbeitseinstellung anzusehen sind.

(Folgen 10 Namen.)

Also die schwarze Liste par excellence. Arbeiter sind schon häufig genug wegen einfacher Verurteilungen hinter Schloß und Riegel gebracht worden, und da wir in einem Rechtsstaat wohnen, wo vor dem Gesetze alle gleich sind, werden wir Herrn Wülth wohl bald im Gefängnis sehen — oder nicht?

Zur Lohnbewegung der Schneider. Wie wir der „Frank. Tagespost“ entnehmen, haben bereits mehrere große Firmen in Nürnberg die Forderungen der Schneider bewilligt und den Lohnstarif unterzeichnet.

Eine Hebammen-Organisation ist vorige Woche in Zürich gegründet worden. Gegen 200 Vertreterinnen dieser schwierigen Kunst hatten sich aus allen Theilen der Schweiz zusammengefunden. Der neue Verein bezweckt, den Stand nach außen zu vertreten, demselben Achtung und Ansehen zu verschaffen, angemessene Bezahlung der Dienste herbeizuführen, Bildung und Förderung von Solosektionen, Fürsorge für Alter und Krankheit der Mitglieder und Unterstützung bedrängter Kolleginnen. Diese Zwecke sollen erstrebt werden durch Fachvorträge seitens der Herren Ärzte, Verbreitung und Förderung des Vereinsorgans „Schweiz. Hebammen-Zeitung“, durch einen alljährlich stattfindenden Hebammenkongress und durch Gründung einer Kranken-, Sterbe-, eventuell Alterskasse. Ein Zentralvorstand aus 5 Mitgliedern wurde gewählt; der Sitz desselben ist in Zürich.

Kein Vergnügen ohne — Polizei. In Crimtschau soll der Rath beschloffen haben, daß vom 1. Juli ab jeder Verein nur einmal jährlich Genehmigung zur Abhaltung eines öffentlichen Vergnügens erhalten soll und zwar mit der Bedingung, daß der Ertrag des Vergnügens zu wohltätigen Zwecken abgeführt wird. Ueber die Einnahmen und Ausgaben des Vereins ist binnen acht Tagen nach dem Vergnügen Rechnung abzulegen. Wenn ein Verein diese Abrechnung unterläßt oder zu wenig Ueberfluß erzielt, bekommt er überhaupt keine Erlaubnis wieder. — Selbst die Thatfache, daß die Nachricht aus Crimtschau kommt, kann uns nicht veranlassen, ihr ohne weiteres Glauben zu schenken.

Verbesserungen auf dem Gebiete des Säuwesens — allerdings recht eigenhümlicher Art — werden gegenwärtig in Plauen i. V. vorgenommen. Der Stadt-Gemeinderath hat 800 M. bewilligt zur Errichtung eines Kaserens bezugs sofortiger Bestrafung renitenter Fortbildungsschüler. Statt Prügel Einsperren — immerhin ein Fortschritt.

Durch Beschränkung der Tanzunbarkeiten sucht man jetzt allerorten die „Sittlichkeit zu heben“. Für Braunschweig und Umgegend ist bestimmt worden, daß öffentliche Tanz nur alle 14 Tage stattfinden dürfe. Klubb und Vereine sollen zwar von dieser Verfügung nicht berührt werden, d. h. wenigstens nicht dann, wenn nicht jedermann Zutritt hat und nicht nach Ueberzeugung des Ortsvorstehers eine Umgehung der Verfügung der Zweck der Vereinigung ist. Aber wie leicht kann in der Phantasie des Ortsvorstehers ein solcher Zweck vorliegen, und wir kennen zur Genüge den ausgeprägten Egoismus der Herren Gemeindebevorzugten, namentlich wenn Arbeitervereine in Betracht kommen.

Gewerbestatistisches aus Preußen. Im Etatjahr 1893/94 waren in Preußen 6 gewerbe- und betriebsbetriebl. u. a.: 3380 Gewerbetreibende mit einem Geschäftsertrag von 50 000 M. und darüber oder wenigstens 1 Million Mark Anlagekapital, 8854 Gewerbetreibende mit 20—50 000 Mark Ertrag oder 150 000

bis 1 Millionen Mark Kapital, 72 897 Gewerbetreibende mit 4000—20 000 Mark Ertrag oder 80—150 000 Mark Kapital, 353 800 Gewerbetreibende mit 1500—4000 Mark Ertrag oder 3—80 000 Mark Kapital. Als Geschäftsvertrag wird betrachtet, was nach Abzug aller Betriebskosten und der Abschreibungen, unter Ausschluß der Zinsen für Anlage- und Betriebskapital und der Schulden, übrig bleibt.

Heber einen bemerkenswerten Rechtsstreit, den der Arbeiter und Nachwächter Martin gegen die Versicherungsanstalt für Sachsen-Anhalt führte, hat jüngst die erweiterte Spruchkammer des Reichs-Versicherungsamtes, welche sich nur mit Prozessen von grundsätzlicher Bedeutung zu befassen hat, verhandelt.

Martin, der eine Invalidenrente beanspruchte, wurde vom Arzt für invalide erklärt, da er körperlich und geistig in seiner Erwerbsfähigkeit fast völlig beschränkt sei. Die Versicherungsanstalt für Sachsen-Anhalt lehnte aber den Anspruch des Klägers ab, da er noch jährlich 800 M. verdienen könne. Gegen diesen Bescheid, der am 19. September dem Kläger zugestellt wurde, legte der Gemeindevorsteher Jacob aus Nidda fristgemäß am 7. Oktober Berufung ein und machte geltend, Kläger sei aus seinem Dienst entlassen und verdiene nichts mehr. Das Schiedsgericht zu Reiz wies jedoch die durch den Gemeindevorsteher eingeleitete Berufung als unzulässig zurück, da der Gemeindevorsteher nicht zu denjenigen Personen gehöre, die nach den §§ 68, 77, 79 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes berechtigt seien, Berufung einzulegen. Nunmehr legte Martin selbst am 23. Oktober Berufung ein und bat um Zubilligung einer Rente. Auf Grund des § 77 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes wies aber das Schiedsgericht auch den Kläger ab, da die Berufung nicht binnen vier Wochen nach Zustellung des Bescheides beim Vorsitzenden des Schiedsgerichts eingelegt worden wäre. Hiergegen legte der Kläger Revision beim Reichs-Versicherungsamt ein; gleichzeitig machte der Gemeindevorsteher geltend, die Gemeinde sei an der Sache interessiert, da Martin daselbst heimathsberechtigt sei. Das Reichs-Versicherungsamt erklärte die Vorentscheidung für unzutreffend, sah den Gemeindevorsteher als Vertreter des Armenverbandes als notwendigen Streitgenossen an, hob das Urteil der Vorinstanz als verfehlt auf und wies die Sache an das Schiedsgericht zurück.

Der Pariser Gemeinderath und die Arbeitsbörse. Aus Paris wird uns unter dem 6. März geschrieben: Die Regierung läßt gegenwärtig ein Reglement für die von ihr widerrechtlich geschlossene Arbeitsbörse ausarbeiten, das ganz einfach den Zweck hat, die Gewerkschaften unter die Vollmacht des Ministers des Innern zu bringen. Unter solchen Umständen verzichten die Arbeiter natürlich darauf, in die Arbeitsbörse zurückzukehren, die ja vom Gemeinderath übrigens auch nicht geschaffen wurde, um der Willkür der Regierung, sondern um den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter zu dienen. Dies wurde ihr auch in der gestrigen Sitzung des Gemeinderaths deutlich genug zu verstehen gegeben. Da wurde nämlich, um die Regierung zu hindern, die Arbeitsbörse für ihre Zwecke auszunutzen, ein von 80 Gemeinderäthen unterzeichneter Antrag eingebracht, der dahin geht, daß in der Rue du Château d'Or angelegene Gebäude, das eigens behufs Instruktion der Zentral-Arbeitsbörse errichtet wurde, einer anderen Bestimmung zuzuführen. Auf die Frage des Seinepräfecten, das ist des Vertreters der Regierung, warum dies geschehen soll, antwortete Picau als Einkrieger des Antrags: „Sie wissen wohl, Herr Präfect, daß in einer allgemeinen Versammlung 129 von 186 Gewerkschaften erklärt haben, daß sie in die Arbeitsbörse nur dann zurückkehren werden, wenn dieses Gebäude uns in Wirklichkeit gehören wird. Die Arbeitsbörse darf nicht vom Minister des Innern verwaltet werden. Die Arbeiter werden zurückkehren, wenn der Gemeinderath Herr seiner Immobilien sein und sie den Arbeitern zur Verfügung stellen können wird.“ Noch schärfer erklärte Grébauval: „Es handelt sich zu wissen, ob die Arbeitsbörsen-Gemeinde- oder Regierungsinstitutionen sind, ob sie von den Städten geschaffen wurden, um der Kontrolle des Gemeinderaths zu entgehen und sammt den Gemeindefunktionen dem Ministerium des Innern untergeordnet zu werden. Ohne uns zu befragen, ist die Arbeitsbörse geschlossen worden, ohne uns kann sie der Minister des Innern wieder öffnen. In einem Municipalgebäude wollen aber natürlich wir die Herren sein. Wo nicht, soll das Ministerium es kaufen und mit seinen eigenen Mitteln und unter seiner Verantwortlichkeit verwalten. Wir werden uns nicht zu Mitschuldigen der Regierung machen, die die sozialistische Bewegung mit allen Mitteln zu erdrücken sucht. Wenn der Staat eine Arbeitsbörse für in seinem Solde stehende Gewerkschaften haben will, dann solle er sie schaffen, wir werden ihm nicht die unsrige überlassen.“ Im ähnlichen Sinne sprachen noch mehrere andere Gemeinderäthe. Schließlich wurde der Antrag der zumeist aus Sozialisten bestehenden Arbeitskommission überwiegen, um die verschiedenen Seiten der Frage zu studiren und einen eingehenden Bericht darüber zu erhalten, dem die überwiegende Majorität des Gemeinderaths sicherlich beipflichten wird. Und welcher Art dieser Bericht sein wird, das läßt die gestrige Verhandlung voraussagen.

Verfassungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Wahlkreis hielt am 7. März im Kammersaal des Lokal in der Dammstraße eine Versammlung ab, in welcher Genosse Pfannkuch über das Thema: „Dient die Sozialdemokratie dem Kulturfortschritt?“ referirte. Redner knüpfte an die Behauptung der Gegner an, die Sozialdemokratie bediene in ihren Zwecken und Zielen den Untergang der Kultur, die Behinderung des Fortschritts. Er bemerkte hierzu, gerade das Gegenteil sei wahr. Welle nicht die Sozialdemokratie einen Gesellschaftszustand herbeiführen, in dem der Allgemeinwohl zu gute komme, was heute wenige, die Herrschenden, genießen: alle materiellen und geistigen Erzeugnisse der Kultur! Eine so geartete Gesellschaft wäre doch sicherlich kein Rückschritt, auch kein Stillstand der Kultur, sondern ein ganz eminenter Fortschritt, der Fortschritt. Ihn zu ermöglichen, erstrebe die Sozialdemokratie die politische Macht, das hauptsächlichste Mittel zu der zu seiner Herbeiführung unumgänglich notwendigen Umwandlung der Produktionsmittel aus Einzel- in Kollektivbesitz. Mit Zug und Recht könne man Kulturwiderig, fortschrittfeindlich nennen, was diesem Streben der Arbeiterpartei entgegengestellt werde, die Versuche, sie politisch und rechtlich zu entmündigen, Unterdrückungsmahrezen aller Art etc. Die bürgerliche Gesellschaft sei auch um deswillen dem Kulturfortschritt hinderlich, weil die von ihr untrennbare materielle Noth der großen Masse des Volkes die Intelligenzen, welche dieselbe aufweicht, nicht zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Eigenheiten kommen lasse; weil mit der wirtschaftlichen eine geistige Noth des Volkes im innigen Zusammenhange liege, die nicht zu beheben sei, sondern zu härten und zu vermehren, die bürgerliche Gesellschaft durch ihre herrschenden Vertreter öffentlich unternehme. Wirkliche Bildungsmöglichkeiten auf dem Gebiete des Wissens und ästhetischen Fühlens würden absichtlich dem Volke heute vorenthalten. Aber nicht nur dies; die Bildungsmöglichkeiten, welche die Arbeiterklasse aus sich selbst herauschaffen in ihrem Drange nach Fortschritt, würden obendrein von der Massengesellschaft bzw. ihren Organen zu untergraben, unmöglich zu machen gesucht, im Interesse ihrer Existenz. Die Sozialdemokratie diene deshalb hervorragend dem Kulturfortschritt, wenn sie die materielle Grundlage zu schaffen trachte für die geistige Hebung des Volkes, nicht einzelner Schichten desselben, wenn sie sich bemühe, dem ganzen Volke die Theilnahme am Genuß aller Kulturereignisse zu sichern. Das letzte Ziel der Sozialdemokratie sei ein menschliches Gemeinwesen, in dem natura-

liches und historisches Recht sich decken; dasselbe würde den bis jetzt denkbar höchsten Grad von Kulturvollkommenheit darstellen. (Großer Beifall.) Dr. Leo Arons zeigte hierauf an einigen Beispielen, daß die Bourgeoisie nicht nur mit Bezug auf die Arbeiterklasse sich gegen den Fortschritt in Wissenschaft, Kunst und Technik sträubt, sondern daß sie es auch absolut thut, wenn es in ihrem Interesse liegt. — Die Versammlung beschloß dann, durch den Vorstand am 18. März auf den Gründern der Freiheitkämpfer von 1848 einen Kranz niederlegen zu lassen.

Die lokalorganisirten Konfektionschneider hatten am 5. März eine öffentliche Versammlung bei West in der Weberstraße. Nikke erstattete den Bericht über die Verhandlungen mit den Geschäftsinhabern Bär Sohn. Veranlassung zu der Unterhandlung war ein Klamm-Inserat genannter Firma; dasselbe wurde in einer vorhergehenden Versammlung dem Bureau eingereicht, und dieses verpflichtete, Untersuchungen in den Geschäften Bär Sohn vorzunehmen über die Frägen resp. Beschaffenheit der im Inserat angegebenen eigenen Werkstätten. Zu einem endgiltigen Resultat gelangte man nicht. Bär schlug vor, die Konfektionschneider möchten eine Genossenschaft gründen, er selbst wollte sich verpflichten, die produzierte Waare zu verkaufen; ferner schlug er die Kontrollmarke vor. Hierauf ging die Kommission nicht ein, verlangte vielmehr die Errichtung einer eigenen Werkstätte von den Geschäftsinhabern. Die Firma sagte die Errichtung einer Werkstätte für 10—20 Mann zu. Bestimmter Bescheid sollte im März erfolgen. Alle drei Kommissionsmitglieder ergingen sich sodann in die bekannten Angriffe auf den Verband (zentrale Organisation der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen), in Anschuldigungen einzelner nicht anwesender Personen und der Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Geschäftsinhaber Bär erklärte die Kommission für eine Unterkommission der bestehenden öffentlichen Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen gehalten zu haben. In dieser Annahme habe er in der stattgehabten Versammlung seine Zustimmung resp. Vorschläge gemacht. Da jedoch die Kommission mit der Agitationskommission durchaus nicht gemein habe, wie er nachträglich erfahren, fühle er sich durchaus nicht an sein gegebenes Wort gebunden. Die anlässlich des vorjährigen Streiks von ihm bewilligten Lohnsätze hängen in seinen Geschäften schriftsmäßig aus, und er habe seitdem strenge nach denselben arbeiten lassen. Er erkenne die Forderungen der Agitationskommission an und fühle sich auch verpflichtet, von deren Arbeitsnachweis seine Leute zu nehmen.

Gutmacher Böckel gab Aufklärung über das Kontrollmarke- und Genossenschaftswesen, verwahrte sich aber energisch gegen die verschiedenen beschuldigenden Äußerungen über einzelne Personen, verurtheilte die Anschuldigungen der Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen, und bedauerte die leidige Streitigkeit über die Organisationsform.

In einer öffentlichen Versammlung der Händler, die am 6. März bei Joel tagte, wurde die Gründung einer Vereinigung der Lokal- und Straßenhändler und Händlerinnen beschlossen. Als provisorischen Vorstand wählte man: Nische zum 1. Vorsitzenden, Quade zum 2. Vorsitzenden, Gutmann zum Schriftführer und Lutter zum Kassirer. In der Diskussion wurde als besonders vorthelhaft die Ausgabe von Mitgliedskarten erachtet (gleich den Kellnern), um der Arbeiterchaft, die hauptsächlich das Absatzgebiet der Händler umfaßt, einen Hinweis zu geben, woher sie ihren Bedarf entnehmen kann. Folgende Resolution fand danach einstimmige Annahme: „Die Versammlung hat sich zu einer freien Vereinigung zusammengeschlossen und stellt sich hiermit auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung. Sie verpflichtet sich, voll und ganz für die Interessen ihrer Mitglieder einzutreten, ebenso erstrebt sie die Arbeiter in Berlin und Umgegend um Unterstützung in ihren Bestrebungen. Sämmtliche Versammelten verpflichten sich, durch eifrige Agitation für die neugegründete Organisation voll und ganz einzutreten.“ Den erfreulichen Anfang machten 28 Mitglieder durch Entrichtung des Beitrittsbetrages, welcher auf 50 Pf. festgesetzt war, während der monatliche Beitrag 30 Pf. beträgt. Die erste Versammlung findet am Freitag, den 20. März, um 2 Uhr, bei Seefeld in der Grenadierstraße statt.

Die Klempner diskutirten am 6. März in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung die Bedeutung des 1. Mai. Der Referent, Textilarbeiter Petersdorf, trat für eine energische Demonstration zwecks Erringung des Achtstundentages durch striktes Ruhenlassen der Arbeit ein. Schmidt stimmte dem Referenten zu. Drange und Selchow rathen unter Hinweis auf die wirtschaftliche Depression von einer allgemeinen Arbeitsehr ab; die jähige schwache gewerkschaftliche Organisation könne die etwa daraus entstehenden Konsequenzen nicht auf sich nehmen. Ein Kampf gegen das jetzt mehr denn je geträufte Kapital sei von vornherein aussichtslos. Leute, die sich um keine Organisation kümmern, seien gewöhnlich die größten Schreier, doch müsse ihnen das Recht, in dieser Frage mitzubestimmen, entschieden abgesprochen werden. (Beifall.) Nachdem noch Reinhardt und Klendt im Sinne des Referenten und eine Anzahl Redner gegen eine allgemeine Arbeitsehr gesprochen hatten, gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die 2c. Versammlung beschließt, in anbetragt der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse von einer Feier des 1. Mai nach den Wünschen des Referenten Abstand zu nehmen und sich an den Beschluß des Kölner Parteitag zu halten. Der zu wählende Vertrauensmann ist jedoch verpflichtet, am Vormittag des 1. Mai eine öffentliche Versammlung einzuberufen für alle arbeitslosen Klempner und diejenigen, bei denen ein Ruhenlassen der Arbeit sich ermöglicht.“ Zum Vertrauensmann wurde Schmidt gewählt, und ihm aufgegeben, im Laufe der nächsten Woche eine öffentliche Versammlung einzuberufen zwecks Verichterhaltung des früheren Vertrauensmannes Spohnholz, sowie der Delegirten zur Gewerkschaftskommission und der Beisitzer zum Gewerbegericht. Winter bemerkte zum Schluß, so viel „Blut“ sei bei den Klempnern von gewisser Seite lange nicht geredet worden. (Stürmische Heiterkeit.)

Die Volksversammlung, welche am 7. d. M. in Weimanns Volksgarten tagte, war seit längerer Zeit die erste größere Versammlung, welche auf dem Gesundbrunnen abgehalten werden konnte, da noch immer kein Saal zu haben ist und auch der Weimann'sche Saal erst seit kurzem frei ist. Die Versammlung war denn auch trotz des überaus schlechten Wetters von Frauen und Männern recht reger besucht und folgten die Anwesenden mit Interesse einem Vortrage des Dr. Wegl über die Fragen: „Warum ist das arbeitende Volk arm und was muß es thun, um sich vom Joch des Kapitalismus zu befreien?“ Aus dem Vortrage, der daraus angelegt war, die Unausgelärten, Indifferenten, Gleichgültigen aufzuklären und zum Nachdenken über die sozialen Verhältnisse anzuregen, vermochten auch die Fortschrittlerische Belehrung zu schöpfen und wurde derselbe mit reichem Beifalle belohnt. Redner knüpfte an willkürlich aus dem Leben herausgegriffenen Momenten an und veranschaulichte in allgemein verständlicher Weise, wie das arbeitende Volk zum größten Theile selber schuld sei an den Verhältnissen, in denen es lebe und daß es nur durch eigene Kraft eine Besserung dieser Verhältnisse herbeiführen vermöge. Frau Ludwig redete in trefflicher Weise den Frauen zu Herzen, sich den Bestrebungen der Sozialdemokratie anzuschließen, sich zu bilden und aufzuklären und erstete gleichfalls reichem Beifalle. Die Diskussion, in welche auch Frauen griffen, erhielt ein vielgestaltiges Gepräge und bewegte sich im allgemeinen in dem Gedankengange des Referenten. Zum Schluß wurde die Lokalfrage des Gesundbrunnen nochmals zur Sprache gebracht und die arbeitende Bevölkerung, insbesondere auch die geistigen, Vergnügungsdreime etc. an ihre diesbezüglichen Pflichten erinnert.

Die Mechaniker und verwandten Berufsgenossen hielten eine gut besuchte Versammlung am 7. März in der Arminhallen ab. Der Vorsitzende, Kollege Reumann, referirte über den ersten Punkt der Tagesordnung: Ist es möglich, in diesem Jahre in unserer Branche den Achtstundentag durchzuführen? Der Redner beleuchtete die Verhältnisse in der Branche, wie sie sich nach dem stetig reich verlaufenen Streik im Jahre 1890 herausgebildet haben. Die neunständige Arbeitszeit wird fast nirgends mehr innegehalten, ebenso wenig sind die Kollegen im Stande gewesen, die Bezahlung der Ueberstunden mit 25 pCt. aufrecht zu erhalten; das Gleiche gilt von der Forderung des Minimallohns von 21 M. Frage man nach den Ursachen, welche die Lohnbewegung in diesem Jahre habe, so muß mit Bedauern konstatiert werden, daß von den ca. 1800 Kollegen, welche in Berlin beschäftigt werden, kaum 800 thatsächlich organisiert sind; Sorge man vor allem dafür, daß die Kollegen ihrer Pflicht bezüglich der Organisation und der Sammlung zum Streikfonds gerecht werden, dann läßt sich weiter über den Achtstundentag reden. In der Diskussion trat bei allen Rednern eine Uebereinstimmung insoweit hervor, daß allgemein die Situation als nicht besonders günstig bezeichnet wurde. Kollege Berger wendet sich gegen die Apathie der Kollegen, die glauben mit dem 50 Pf. Beitrag pro Woche allen Verpflichtungen nachgekommen zu sein, man sollte sich Mühe geben, die Arbeiterinnen mit zur Organisation heranzuziehen. Näher erörterte die Umstände, welche bei Beurteilung einer solchen einschneidenden Frage in betracht gezogen werden müssen. Redner wünscht, daß die Frage noch weiter ventilirt werde, ehe man zu einem bindenden Beschlusse komme. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: Die 2c. Versammlung beschließt: Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, in nächster Zeit eine weitere Versammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, damit die Frage des Achtstundentages in den einzelnen Werkstätten noch näher besprochen werden kann. — Kollege Samann erstattete Bericht über die Abrechnung vom vorjährigen Streik bei Gross u. Graf. Einnahme beträgt 1758,88 M., für Streikunterstützung wurden verausgabt 1100 M., insgesammt 1208,70 M. Von dem Bestande befindet sich nur ein Theil (117,15 M.) in den Händen der Revisoren, den Rest (978,03 M.) hatte der bisherige Vertrauensmann Jiegler für sich verbraucht; mit einigen hundert Mark hat derselbe auch die Schraubendreher und Metallarbeiter geschädigt. Die Revisoren haben nur mit großen Schwierigkeiten des Genannten habhaft werden können, der sich als das Opfer der ungünstigen Verhältnisse, wie sie in mehreren zur Verlesung gelangten Briefen geschildert wurden, bezeichnet. Nach längerer Debatte wurde der Antrag auf sofortige Anzeige bei der Staatsanwaltschaft abgelehnt und beschlossen, den neu zu wählenden Vertrauensmann zu bevollmächtigen, den J. aufzufordern, innerhalb 8 Wochen die Sache zu ordnen, anderenfalls dann ohne weitere Rücksicht vorgegangen wird. Die Schraubendreher wollen, wie mitgeteilt wurde, sich auf nichts Derartiges einlassen, sondern einfach Anzeige erstatten. — Es werden sodann die Namen derjenigen gelesen, welche mit Sammelkassen, Marken und Liedern im Rückstande sind und vom Kollegen Reumann der Bericht des Vertrauensmannes, soweit er schriftlich vorlag, vorgelesen. Als Vertrauensmann der Mechaniker wurde Kollege Gabriel gewählt, falls derselbe krank oder arbeitslos wird, tritt laut Beschluß der Versammlung Kollege Knittel an seine Stelle.

Johannisthal, Nieder-Schönweide. Am 5. d. Mts. fand in der „Borussia-Bränerie“ zu Nieder-Schönweide eine Volks-Versammlung statt, in welcher der Stadtverordnete Th. Meßner über das Thema: „Betheiligen wir uns an der Gemeindevahl?“ referirte. In der Diskussion wurde die Kandidatenfrage der einzelnen Orte zur Sprache gebracht; und zwar sind aufgestellt: für Nieder-Schönweide: Kaufmann Steinfeld (Eigentümer), Cigarrenhändler Kurth (Miether), für Neu-Treptow (Baumschulenweg) Restaurateur Bischoff (Eigentümer), Arbeiter Schebert (Miether). Für Johannisthal konnte kein Kandidat aufgestellt werden, da ein Genosse, welcher zugleich Eigentümer ist, nicht vorhanden ist. Zum dritten Punkt der Tagesordnung machte der Genosse Elze der Versammlung bekannt, daß er sein Amt als Vertrauensmann niederlegen müsse, da er nicht mehr in der Lage ist, dasselbe so zu verwalten wie es ihm bisher möglich war. An Stelle des Genossen Elze wurde nun der Genosse Wagner aus Nieder-Schönweide als Vertrauensmann gewählt. Mit dem Amt als Vertrauensmann hatte der Genosse Elze auch zugleich sein Amt als Lokal-Kommissionsmitglied niedergelegt und es wurde daher der Genosse Schäfer in Johannisthal als Lokal-Kommissionsmitglied eingesetzt.

In Nixdorf nahm am 7. März eine leider nicht sehr stark besuchte öffentliche Versammlung den Bericht der sozialdemokratischen Gemeindevorteiler über ihre Thätigkeit entgegen. Die Genossen Schröder, Schent und Hesse machten nach einander Mittheilungen über das Schicksal der von ihnen in der Gemeindevorteilerung gestellten Anträge. Danach sind bisher Anträge auf Erhöhung des Lohnes und Bekräftigung der Arbeitszeit der Gemeinde-Arbeiter sowie auf Uebernahme der Gemeinde-Arbeiten, wie Kanalisationsausflüsse und Pflasterung, in eigene Regie abgelehnt worden, ebenso ein Antrag auf Speisung armer Schulkinder. Bei der Vergabung der Kanalisationsarbeiten haben unsere Genossen wenigstens durchgesetzt, daß der Unternehmer, ein Berliner, mindestens 75 pCt. der Arbeiter aus Nixdorf selbst nehmen muß. Bei der vor anderthalb Jahren eingerichteten Fortbildungsschule ist nach halbjährigem Bestehen das Schulgeld befristigt worden. Anschlagstafeln aufzustellen, wollte sich die Gemeindevorteilerung bisher nicht bereit finden lassen, vorgeblich aus Furcht vor den hohen Kosten, während unsere Genossen auf das hohe Interesse, welches schon allein unsere Partei zur Vermeidung der vielen Geldstrafen an der Anstellung der Säulen hat, hinwiesen. Bei dem Antrag auf Speisung der armen Schulkinder hat sich ein bürgerlicher Gemeindevorteiler erdreistet, zu behaupten, wenn Kinder in die Schule kämen ohne zu Hause warmen Kaffee bekommen zu haben, so liege das nur daran, daß die betreffenden Mütter zu faul seien, rechtzeitig aufzustehen! — In der Diskussion beklagten verschiedene Redner darüber, daß der Antrag auf Errichtung eines Gewerbegerichts noch immer keine Erledigung auf dem Landrathshaus gefunden hat. Auch über die beträchtliche Sterblichkeit im Krankenhause und sonstige Vorkommnisse darin wurden Klagen laut. Als Kandidaten für die am Montag stattfindende Gemeindevahl wurden die Genossen Schulze und Schimke einstimmig aufgestellt, nachdem dieselben auf Verlangen erklärt hatten, ihr Mandat niederlegen zu wollen, falls dies eine sozialdemokratische Volksversammlung im Laufe der Zeit einmal fordern sollte.

Briefkasten der Redaktion.

G. Schöner, Bernauerstr. 28. Wenn Sie beweisen können, daß ein Einschreibebrief mit Ihrer Kündigung rechtzeitig dem Hauswirth zugestellt worden ist, daß er aber die Annahme verweigert hat, so ist das so gut, als hätten Sie gekündigt. Sie müssen von dem Hauswirth eine Erklärung fordern, daß er Ihr Recht zum Ausziehen am 1. April anerkennt, und wenn er die nicht gibt, schnell eine Feststellungsanfrage erheben. Die Sache ist aber nicht einfach, nehmen Sie sich einen Rechtsanwalt.

M. D. Das Antragsrecht des Verleibigten dauert 3 Monate, und beginnt mit dem Tage, an dem er von der Verleibigung gehört hat.

Katze. Die Krankenkasse, bei der der junge Mann hätte gemeldet werden müssen, ist zuerst verpflichtet. Die Kasse kann dann Erhaltung vom Ehe fordern.

Volkel. Der Antrag auf Verstrafung des Ehegatten wegen Ehebruchs muß innerhalb drei Monaten nach Rechtskraft des Scheidungsurtheils bei Gericht, Staatsanwaltschaft oder Polizeibehörde gestellt werden.